

Ostdeutsche Morgenpost

Herausgeber: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, Sp. z o. o. d., Katowice,
ul. Marjaka 1, Tel. 483; P. K. O. Katowice, Verlagsanstalt Kirsch & Müller,
Sp. z o. o. d., Konto 301 980.

Erste öberschlesische Morgenzeitung

Erscheint täglich, auch Montags (siebenmal in der Woche),
Bezugspreis: 5.— Zloty

Anzeigentpreis: 10 gespaltene Millimeterzeile im polnischen Industriegebiet 20 Gr., auswärts 30 Gr. Amtliche und Heilmittel-Anzeigen sowie Darlehns-Angebote von Niederbanken 40 Gr. 4 gespaltene Millimeterzeile im Rek amet 1,20 Zl. bzw. 1,80 Zl. Gewährter Rabatt kommt bei gerichtlicher Betreibung, Akkord oder Konkurs in Fall. — Anzeigenschluß: abends 6 Uhr

Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, die nach Möglichkeit innegehalten werden, sowie für die Richtigkeit telefonisch aufgegebener Insätze wird keine Gewähr übernommen; und kann die Bezahlung aus diesen Gründen nicht verweigert werden. — Streiks, Betriebsstörungen usw., hervorgerufen durch höhere Gewalt, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugs geldes oder Nachlieferung der Zeitung.

Reine Zusage für den Kanal Eine Beruhigungserklärung des Reichsverkehrsministeriums

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 27. Januar. Der Oberpräsident von Oberschlesien, Lukaschek, sprach am Freitag an der Spitze einer aus führenden Persönlichkeiten der Provinz bestehenden Delegation im Reichsverkehrsministerium vor, um die dringenden verkehrspolitischen Sorgen Oberschlesiens vorzutragen.

Staatssekretär Kovnings, der in Vertretung des erkrankten Ministers die Herren empfing, erklärte, daß das Reichsverkehrsministerium in voller Würdigung der oberösterreichischen Sorgen die Politik des alten Preußischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten in dem Sinne weiter zu führen gedenkt, daß bei der erst nach mehreren Jahren zu erwartenden Eröffnung des Mittellandkanals wirksame Ausgleichsmassnahmen auch durch angemessene Schiffsahrtsgaben aus dem Mittellandkanal und durch Ausbau der Oder zu einer vollwertigen Schiffsstraße zur Verfügung ständen. Die Verbesserung der Oder durch Niedrigwasserregulierung und durch Dalsperren zur Anreicherung der Wassermengen werde mit allen Mitteln gefördert. Das Staubecken Otmuchau kommt im laufenden Jahre in Betrieb. Mit der Übergangsmauer einer weiteren großen Dalsperre im Tale der Małopane bei Turawa sei für den Sommer zu rechnen.

Im Arbeitsbeschaffungsprogramm könnten nur kleinere, kurzfristig zu beendende Arbeiten Aufnahme finden. Dabei würden auch verschiedene Bauten an der Oder ausgeführt werden.

Über den oberschlesischen Kanal könne zur Zeit nicht entschieden werden.

Die Frage eines ermäßigten Eisenbahntarif für Kohle nach Cöslau soll im Interesse besserer Absatzmöglichkeiten für die oberschlesischen Gruben ernst geprüft werden.

Die Vertreter Oberschlesiens „dürften versichert sein“, daß an der Sorge für die Erhaltung der oberschlesischen Wirtschaft keine jetzige oder künftige Regierung werde vorbeigehen können.

*
Die Erklärung des Reichsverkehrsministeriums bedeutet keine Überraschung für den, der die Verhältnisse kennt; nur manche Kommunalinteressen, die eigentlich die tatsächlichen hätten kennen müssen, dürften jetzt etwas Wasser in ihren Kanalenthusiasmus bekommen haben! Die Erklärung des Reichsverkehrsministeriums bringt eine gewisse Klärung insofern, als an Stelle vieler Reden nun hoffentlich wieder der Weg zu weiterer, ernster Arbeit in der Frage der frachtabilligen Heranführung des Industriegebietes an die Oder freigeschafft ist. Man wird jetzt, wenn durch die Stellungnahme des Reichsverkehrsministeriums eine Beruhigung der Projektmeister eingetreten sein wird, an die sachliche Abwägung und Fertigstellung der notwendigen Unterlagen gehen können, die für die Schwebefähren innerhalb der nächsten

Neuer englischer Abrüstungsvorschlag

(Telegraphische Meldung)

Gens, 27. Januar. Die englische Delegation auf der Abrüstungskonferenz hat neue Vorschläge an die Delegationen Amerikas, Italiens, Deutschlands, Frankreichs und Japans gelangen lassen. Wie es heißt, soll darin eine Verbindung der Gedanken des Hooverplanes, des französischen Planes, der fünf Mächte-Erklärung über die Gleichberechtigung und des englischen Abrüstungsplanes vorgeschlagen werden.

Nach englischem Wunsch soll die Abrüstungskonferenz nach Abschluß der bevorstehenden allgemeinen Aussprache über den französischen Plan auf der Grundlage dieser neuen Vorschläge in die praktischen Arbeiten eintreten.

An Einzelheiten wird über den englischen Plan noch bekannt, daß der politische Teil fünf Vorschläge enthält:

1. Eine Erklärung der europäischen Mächte, daß sie für die Austraumung von Konflikten jegliche Gewaltanwendung verzichten wollen.

2. Abschluß von Pakten über gegenseitige Hilfeleistung zwischen den europäischen Großmächten.

3. Erziehung des Teiles V des Versailler Vertrages durch die allgemeine Abrüstungsumvereinbarung.

4. Gleiche Dauer der Konvention mit den gleichen Revisionsmöglichkeiten für alle Signatarstaaten.

5. Verwirklichung der Gleichberechtigung in Stämmen und Vereinheitlichung der Heeresysteme.

Der technische Teil greift die Bestimmungen des Hooverplanes über die Begrenzung der Heeresstärke auf und befaßt sich mit der qualitativen Begrenzung der Fußtruppen und der schweren Artillerie. Für die Luftfahrtflotte wird die Einsetzung eines Ausschusses der Großluftfahrtmächte vorgeschlagen, der über die Abschaffung der Kampfflugzeuge, das Luftfahrtbombardement und die Kontrolle der zivilen Luftfahrt beraten und Vorschläge ausarbeiten soll.

10 Minuten Aeltestenrat Reichstag am 31. Januar

Die Hauptfrage:
Gibt Hindenburg die Auflösungsvollmacht?

Nachfolger für Schleicher gesucht

(Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion)

Berlin, 27. Januar. Der Aeltestenrat des Reichstages hat beschlossen, daß der Reichstag am kommenden Dienstag, den 31. 1., 15 Uhr, zusammentritt. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Nach der Regierungserklärung soll nach den Absichten des Aeltestenrates die Dienstag-Sitzung vertagt werden. Am Mittwoch um 14 Uhr soll dann die große politische Aussprache beginnen, für die eine Redezeit von drei Stunden für jede Fraktion vorgesehen ist. Alle in Frage kommenden politischen Anträge sollen in dieser Aussprache miterledigt werden, insbesondere auch die sozialdemokratische Interpellation wegen des ostasiatischen Konfliktes. Ferner sollen die Angelegenheiten beraten werden, die vom Sozialpolitischen und Haushaltsausschuß schon erledigt sind, nämlich die Anträge über eine Weihnachts- und Winterhilfe, die Anträge über gänzliche oder teilweise Aufhebung der sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Notverordnungen und die Anträge zur Explosionskatastrophe im Gotha-Werk Prenzlau.

Die Sitzung des Aeltestenrates hat nur zehn Minuten gedauert,

ein Zeichen, daß Regierung und Parlament sich wenigstens darin einig sind, daß eine Entscheidung nicht mehr aufzuschieben ist. Darüber hinaus steht aber schon wieder das Kabinett ein. Nachdem von keiner Seite ein Beratungsantrag gestellt und die Regierungserklärung auf die Tagesordnung des Reichstages am Dienstag gelegt worden ist, ist kaum noch zu zweifeln, daß es auch zur Abstimmung über die Misstrauensanträge kommen wird.

Die Regierung Schleicher im günstigsten Falle nimmt man auf Grund der letzten Verhandlungen an, daß Hitler sich, wenn auch nur für kurze Dauer, damit begnügen werde, Mitglieder seiner Partei in ein von einer anderen Persönlichkeit geleitetes Präsidialkabinett zu schicken. Als Kanzler wird in diesem Zusammenhang von Papen genannt.

Die andere Linie führt zu einer Mehrheitsregierung mit Nationalsozialisten und Deutschnationalen,

die auch so beschaffen sein könnte, daß das Zentrum sich auf Tolerierung beschränken würde.

Dieser Plan wird namentlich vom Zentrum verfolgt und wurde von Dr. Kaas am Freitag mit Hugenberg durchgesprochen. Er sieht vor, daß Hitler so, wie Hindenburg es im November im Auge hatte, an die Spitze einer Mehrheitsregierung von Nationalsozialisten bis Zentrum treten soll. Auch diese Lösung würde von Hitler ganz erhebliche Drucke verlangen, die er damals zu bringen nicht bereit war. Das Zentrum sieht sich für diesen Plan ein, weil es hofft, durch seine Verwirklichung die diktatorischen Maßnahmen verhindern zu können, die andernfalls wohl unvermeidlich wären.

Welcher Weg beschritten werden wird, hängt ganz vom Reichspräsidenten ab und ist bisher nicht zu erkennen. Bis zur Stunde weiß niemand, wie der Reichspräsident sich ent-

Arbeitsbeschaffung und Verteilung vor dem Haushaltungsausschuss

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 27. Januar. Der zur Klärung der Arbeitsfragen bestimmte Unterausschuss des Haushaltungsausschusses des Reichstages hat in seiner ersten Sitzung nur über seinen Arbeitsplan beraten. Damit das Ergebnis der Arbeiten nicht zu lange auf sich warten lässt, wurde beschlossen, dem Haushaltungsausschuss zwischenberichte zu erstatten.

Der Haushaltungsausschuss des Reichstages beriet am Freitag die Anträge des Sozialpolitischen Ausschusses über Arbeitsbeschaffungsfragen und in Verbindung damit die Plenarantläge über gänzliche oder teilweise Aufhebung der Notverordnungen vom 4. und 5. September zur Belebung der Wirtschaft und zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit.

Abg. Reinhardt (NSDAP.)

erklärt, eine Verminderung der Arbeitslosigkeit sei nur zu erreichen, wenn die Arbeit vermehrt werde und dies zu einer Erhöhung der Lohnsumme führe. Zugleich müsse darmit eine Erhöhung des Volkseinkommens verbunden sein.

Der Redner bringt einen Initiativ-Gesetzentwurf über die Aufhebung der Bürgersteuerbestimmungen des September-Notverordnung ein. Die Bürgersteuer soll danach durch eine Wohlfahrtssteuer ersetzt werden, die in Form eines Zuschlages zur Einkommensteuer erhoben wird. Die Steuerersatztheine würden nicht zur Arbeitsvermehrung verwendet, sondern zur Abdeckung von Bank- und Steuerzuläufen. Der Vorgriff auf die Haushaltssätze 1934 bis 1938 wäre nur zu verantworten, wenn die Ausgabe von Steuerquittungen an die Voraussetzung geknüpft würde, daß der Antragsteller den Nachweis einer eingeleiteten Arbeitsvermehrung erbringt. Die Einlösung der Steuerersatztheine sollte nicht im Wege der Rechnung auf Steuerzahlungen, sondern in bar erfolgen. Allerdings könnte dann von Steuerersatztheinen keine Rede mehr sein, sondern von Arbeitswechseln oder Bedarfsdurchschein.

Somit beantragen wir, die Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft durch ein Gesetz zur Belebung der Arbeit und zur Heilung der öffentlichen Finanzen zu erlassen. Wir beantragen weiter, einen Teil des Betrages der durch die Notverordnung vom 4. September zur Verfügung gestellten Mittel zugunsten der Minderbemittelten abzuweichen durch die Aussage von Bekleidungs-Bezugs-scheinen". Der Arbeitswechsel-Plan werde eine Verbesserung der öffentlichen Haushalte zur Folge haben, einmal durch Verminderung des Finanzbedarfs für die Erwerbslosen und dann durch Erhöhung des Steuerantrittens.

Auch der Nationalsozialismus wolle keine Erwerbslosen Ausdehnung des Zahlungsmittel-Umlaufs, die zu einer neuen Geldentwertung führen könnte und würde darin ein Verbrechen am Volke sehen. Aber ein gewisser Spielraum bestehet, wie die Nazis der letzten Jahre beweisen, doch. Es handelt sich bei seinen Gesetzentwürfen nicht um das durchgreifende Arbeitsbeschaffungsprogramm seiner Partei, sondern nur darum, die Notverordnung vom 4. September in Bahnen zu lenken, die finanz- und haushaltspolitisch vertretbar seien.

Ministerialdirektor Dr. Brecht

weist namens der Preußischen Staatsregierung darauf hin, daß die Arbeitslosenfrage nicht ohne eine andere Verteilung der vorhandenen Arbeit gelöst werden könne und bittet den Ausdruck, bei seinen Beratungen daher die Frage der Arbeitszeitverkürzung nicht zurücktreten zu lassen. Die Preußische Staatsregierung sei zwar mit großräumiger Arbeitsbeschaffung einverstanden, aber auf die Frage, ob es möglich sei, dadurch die ungeheuren Ausgaben für die Arbeitslosen zu ersparen, müsse man mit einem dreifachen "Nein" antworten,

1. weil die Arbeitsbeschaffung mehr koste als die Unterstützung und die jetzt ausgeschriebenen Milliardenwechsel eines Tages einschöpfen müßten,
2. weil "unsägliche" Arbeit in so großem Umfang wirtschaftlich nicht möglich sei,
3. wegen der unvermeidlichen wirtschaftlichen Fehlleitung.

Mit dem Arbeitsdienst schaffe man zwei Gruppen von Menschen.

Zur Arbeitsbeschaffung müsse daher die rationelle Verteilung der normalen Ar-

beit treten. Das könne nur durch gesetzliche Arbeitszeitverkürzung geschehen, wodurch es möglich sei, von den jetzt volkswirtschaftlich nutzlos für die kümmerliche Unterstützung ausgegebenen drei Milliarden etwa zwei Milliarden freizubekommen.

Der Redner verlas das Schreiben des Ministerpräsidenten Braun an die Reichsregierung vom 30. April 1932 über die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung, das er als "das politische Testament der Preußischen Staatsregierung" bezeichnet.

Abg. Dr. Herz (Soz.)

lehnt darauf hin, daß die Sozialdemokratie die generelle Verteilung der Steuerersatztheine eine verlangt, zumindest aber die Aufhebung der Einstellungsprämien. Von den Versprechungen Papens, in wenigen Monaten 1½ Millionen Arbeitslose in Arbeit zu bringen, ist fast nichts übrig geblieben. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen täte über die tatsächliche Schwere der Lage hinweg, da diese Statistik doch nur einen Teil der Arbeitslosen umfaßt. Auch bei dem Gereke-Programm stehen die Daten mit den Versprechungen in einem Widerspruch. Wenn jetzt Arbeitsbeschaffung in größerem Maße betrieben werden soll, dann kann sie nur zum Teil wieder gutmachen, was eine wachsende Agrar- und Handelspolitik an neuer Arbeitslosigkeit schafft. Wir beantragen die Aufhebung einer Prämienanleihe mit dem Ziel, einen Teil der gehorten Notenbestände aus Privathand zu lösen. Vor Awasnahmen darf man dabei nicht zurücktreten.

Mit der Massenarbeitslosigkeit müssen wir infolge der technischen Entwicklung als einem Dauerzustand rechnen.

Die bessere und gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich ist deshalb nicht zu umgehen.

Abg. Dr. Schreiber (Btr.)

Die notwendige Arbeitsbeschaffung muß im Zusammenhang mit dem Etat und der Währung

eingesehen werden. Über vor einer Überprüfung der öffentlichen Maßnahmen ist zu warnen. Der nationalsozialistische Antrag über Arbeitswechsel ist eine reine Kreditschöpfung, die den Geldumlauf erhöht und die Gefahr inflationistischer Wirkung mit sich bringt. Auch für die Bekleidungsbezugscheine mit mehr als einer Milliarde ist keine Deckung vorhanden. Ebenso ist der Landwirtschaft weniger mit zusätzlicher Arbeit als vielmehr mit Lastenentlastung bedient.

Abg. Möllers (Dnat.)

lehnt die nationalsozialistischen Anträge über Aufhebung der Bürgersteuer und Einführung der Arbeitswechsel ab. Die Arbeitswechsel bedeuten eine neue Verpflichtung des Reiches und haben zweifellos eine gewisse inflatorische Tendenz. Im Gegensatz zu den vorliegenden Anträgen treten wir für Beibehaltung der Steuerersatztheine ein. Man kann Papen nicht vorwerfen, daß der erwünschte Erfolg ausblieben ist, wenn man Papen in den Arm gefallen ist und Neuwahlen wieder Unruhe in die Wirtschaft getragen haben.

Reichskommissar Dr. Gereke

trat mit aller Entschiedenheit der in der Deffentlichkeit und in der Aussprache geäußerten Auffassung entgegen, als ob sich das öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramm gegen die Interessen der Privatwirtschaft richtete. Durch das öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramm solle gerade ein Teil derjenigen Sachausgaben der Deffentlichen Hand, die sonst der Privatwirtschaft zugeflossen, dieser aber jetzt durch die notwendigen Staatskürzungen verloren gegangen sind, wieder erzeigt werden.

Die Sorge, es könnten Fehlleitungen vorkommen, ist unbegründet, da die Durchführungsbestimmungen gerade in dieser Beziehung sehr streng gehalten sind. Auch das Bedenken, daß viele Gemeinden von den angebotenen Darlehen nicht genügend Gebrauch machen könnten, ist ungerechtfertigt. Die Höhe der unverbindlichen Voranmeldungen zeigt schon jetzt, daß

die zur Verfügung stehende Summe um ein Vielfaches überzeichnet

wird. Die Gemeinden erfahren eine gewisse Entlastung dadurch, daß in erster Linie Wohlfahrtsunternehmen für die Ausführung dieser Arbeiten eingestellt werden müssen. Derart günstige Bedingungen sind den Gemeinden bisher noch nicht für Darlehen zur Verfügung der Arbeitslosigkeit gewährt worden.

Die Verteilung der Gesamtsumme von 500 Millionen Mark, die zunächst im Rahmen des Sofortprogramms zur Verfügung stehen, ist in der Weise vorgesehen, daß

für die Zwecke des Reiches und der Reichsbahngesellschaft etwa 100 Millionen,

für die Zwecke der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und gewerbstwirtschaftliche Betriebe etwa 400 Millionen RM. zur Verfügung gestellt werden.

Die neuordnungen zur Verfügung gestellten 50 Millionen RM für Zwecke der Hausrat reparaturen sind in den 500 Millionen nicht enthalten, dagegen ist es bei den 40 Millionen für die Zwecke der Stadtrandsiedlung der Fall.

Die Auffassung, daß 500 Millionen aus dem 700-Millionen-Fonds für Einstellungsprämien stammen, ist nicht richtig, vielmehr sind sie aus der auch von der Reichsbahn als völlig unbedenklich bezeichneten gesamten

Kreditausweitung in Höhe von 2,7 Milliarden Mark

genommen worden. Von besonderer Bedeutung für den Erfolg dieses Sofort-Programms ist es, daß die Arbeiten selbst sofort nach Beendigung der Frostperiode beginnen können. Zu diesem Zweck ist der sonst übliche Instanzengang für die Genehmigung der Darlehen erheblich vereinfacht worden. Die Landeszentralbehörden bzw. die von ihnen bestimmten Staatsbehörden prüfen im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Landesarbeitsämter die Anträge der Gemeinden und Gemeindeverbände vor. Ohne weitere Veratung in Ausschüssen soll auf schnellstem Wege der Darlehsantrag durch die Hand des Reichskommissars dem zuständigen Kreditinstitut zugeliefert werden. Ich hoffe, daß bereits in der nächsten Woche die erste Entscheidung über die Darlehsanträge gefällt werden kann und daß noch im Februar erhebliche Anträge an die Industrie für Materialbeschaffung herausgehen können, die noch während der Frostperiode ausgeführt werden."

Die Einberufung des Ausschusses in der nächsten Sitzung ist dem Vorsitzenden überlassen worden.

Die Reichshilfen für das Handwerk

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold auf der Handwerkertagung

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 27. Januar. Der Tagung des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks überbrachte Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold Grüße der Reichsregierung. Zu den vielfach erhobenen Vermütern, daß die Regierung das Ausmaß der wirtschaftlichen und sozialen Not im Handwerk und im gesamten Mittelstand nicht kenne, und daß sie dieser Not tatenlos zusehe, erklärte der Reichswirtschaftsminister, die Regierung sei über die Lage des Handwerks völlig unterrichtet.

Zugunsten der gewerblichen Genossenschaften hat die Reichsregierung Bürgschaften im Rahmen von 65 Millionen RM zur Verfügung gestellt. Weiterhin sind diesen gewerblichen Kreditgenossenschaften 32 Millionen RM als verlorene Zuläufe zugeschlagen worden, und die Reichsregierung bestätigt, diese Hilfe um einen leichten weiteren verlorenen Zuschuß in Höhe von 28 Millionen RM zu erweitern. Zur Deckung derjenigen Verluste gewerblicher Genossenschaften, die aus ihrem Landwirtschaftlichen Kreditgeschäft erwachsen sind, werden im Zuge der Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften 20 Millionen RM verwendet werden. Für die Stützung des Klein-Kredites hat die Reichsregierung der Bank für Deutsche Industrieobligationen 40 Millionen RM in Form von Reichsankündigungen zugesetzt, um Kredite an das mittlere und kleine Gewerbe zu ermöglichen. Die für die Zustandsgesetzungen an Wohngebäuden bereitgestellten 50 Millionen RM, deren Erhöhung um weitere 50 Millionen RM angesagt ist, werden vornehmlich den handwerklichen Betrieben zugute kommen.

Immerhin hat die Reichsregierung neuerdings nicht unbedeutliche Mittel eingesetzt, die vornehmlich dem Handwerk zugute kommen. Mit 3,7 Millionen Beschäftigten hat das Handwerk an der Gesamtzahl der in der gewerblichen Gütererzeugung tätigen Personen einen Anteil von 29 Prozent, und ist an der Zahl der Erwerbstätigen überhaupt mit fast einem Zehntel beteiligt.

In einer Entschließung wurde auf den Kampf des Handwerks um die Erhaltung seiner Betriebe hingewiesen.

Das Einkommen der Bevölkerung ist dermaßen gesunken und obendrein derart mit Steuern und Abgaben belastet, daß Ausgaben für handwerkliche Leistungen immer weniger gemacht werden können. Infolgedessen hat die Schwarzarbeit einen nie für möglich gehaltenen Umfang angenommen, und die ohnehin beschränkte Vergebung öffentlicher Arbeiten deutet die Notlage der verzweifelten Anbieter in rücksichtsloser Weise aus. Die Folge dieser Zustände ist der wirtschaftliche Untergang zahlreicher selbständiger Handwerker gewesen. Wir waren deshalb, so schlägt die Resolution, in leichter Stunde vor den Folgen einer weiteren Vernachlässigung des Handwerkerstandes. Wir verlangen Arbeit zu erträglichen Preisen und würdigen Bedingungen."

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute eine Abordnung des deutschen Handwerks. Sie unterbreitete Vorschläge zur Sicherung des vorhandenen Notstandes.

Alles wirbt um Ungarn

Die Monarchenbegegnung in Sinaja

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 27. Januar. Das Zusammentreffen der Könige von Süßlawien und Rumäniens, das dieser Tage in Sinaja (Rum.) stattfand, trug ganz das Gepräge der hochpolitischen Monarchenbegegnungen der Vorriegszeit. Der rumänische Außenminister Titulescu stellte zwar in Bukarest in Abrede, daß der Begegnung eine besondere Bedeutung zu kommt, gleichzeitig gab er aber dem Vertreter eines ungarischen Blattes Erklärungen über politische Ziele im Donauraum, die das Gesprächsthema von Sinaja gebildet haben. Titulescu wirbt um Ungarn, dem er Freihäfen in Rumäniens und wirtschaftliche und miniderheitenrechtliche Erleichterungen im Rahmen eines Bündnisses verspricht, das außer den drei Staaten der Kleinen Entente auch Österreich umfassen würde.

Dabei betrachtet er den sogenannten Tardieu-Plan, der die Mittelmeerraum-Erörterungen des vorigen Jahres beherrschte, hat, aber von der Mehrzahl der Beteiligten abgelehnt worden ist, nach wie vor als richtunggebend, wenn nicht in seinen Einzelheiten, so doch in den Grundgedanken.

Es hat sich schon bei dem Streit um den Niedriggriffsplatz zwischen Rumäniens und Russland gezeigt, daß Titulescu, der fähigste und gewandteste Diplomat Rumäniens, die Politik Tardieu's im Gegensatz derjenigen Heretics vertritt und sich damit durchsetzt. Diese Politik überschneidet sich gerade in Mitteleuropa mit den Interessen, die Italien verfolgt, und man wird auch das Intrigenspiel, das gegenwärtig "am Rande" der Genfer Ratstagung wegen der Waffenstillstellungen nach Ungarn im Gange ist, mit dieser Rivalität zu erklären haben. Wegen der Entschlüsse über einen Transport von angeblich 80.000 Gewehren und 200 Maschinengewehren, der von Italien nach Ungarn auf den Weg gebracht werden soll, droht die Kleine Entente wahrscheinlich mit dem gleichen negativen Erfolg, wie vor genau fünf Jahren bei der St.-Gotthard-Affäre, mit einem Untersuchungsverfahren.

scheinen wird, ob er Schleicher die verlannte Vollmacht geben und den Reichstag aufzulösen lassen, oder ob er den Rücktritt Schleichers annehmen und dann entweder ein Kräftebündnis unter Ponants Führung herstellen oder Hitler mit der Bildung einer Mehrheitsregierung beauftragen wird.

Erläuterung der NSDAP.

(Telegraphische Meldung)

München, 27. Januar. Die Reichsvorsteherin der NSDAP veröffentlicht zu den Presseerklärungen über die gegenwärtige innerpolitische Lage eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

"Wie die NSDAP. noch niemals ihre verantwortliche Mitarbeit verweigert hat, wenn ihr die Stellung eingeräumt werde, die ihrer Stärke und Bedeutung entspricht, so wird sie sich auch in Zukunft einer solchen Lösung nicht verweigern, wenn die Voraussetzungen dafür vorhanden sind."

Arbeitsbeschaffung dieser Art ist die beste und vordringlichste Hilfe für das Handwerk."

Keine Regierung könne den Mittelstand davon befreien, die Not der Gesamtwirtschaft zu seinem Teil mitzutragen. Bei der Erhöhung wirtschaftspolitischer Maßnahmen müsse die Reichsregierung die Wirkung auf die Gesamtheit prüfen und die Rücksicht auf das Ganze entscheidend sein lassen.

Der Präsident des Instituts für Konjunkturforschung,

Professor Dr. Wagemann

sprach über "Handwerk und Volkswirtschaft".

"Die technischen Maßnahmen, die das Handwerk zur Anpassung an veränderte Produktionsbedingungen in der Nachkriegszeit getroffen hat, spiegeln sich darin wider, daß von den Gesamt-Investitionen des Handwerks

Aus Oberschlesien und Schlesien

Aufregende Verfolgung von Straßenräubern

Feuergefecht zwischen Polizei und Verbrechern

Verbrecherhöhle umzingelt — Anführer begeht Selbstmord — Weiterer Bandit und Polizeibeamter verletzt

Kattowitz, 27. Januar.
In Bielschowiz spielte sich am Mittwoch ein aufregender Kampf der Polizei mit einer aus 3 Personen bestehenden Bande ab, die wegen einer Reihe von Überfällen verfolgt wurde. Gegen 5 Uhr nachmittags wurde das Haus von der Polizei umstellt, in dem sich die Verbrecher aufhielten.

Vom Korridor aus wurde die inbringende Polizei mit Revolvern beschossen.

Da einer der ersten Schüsse die Korridorlampe getroffen hatte, zogen sich die Beamten zurück, da sie in der Dunkelheit den mit der Dürlichkeit vertrauten Verbrechern unterlegen waren. Durch weiteres Schießen wurden die Polizisten immer weiter zurückgedrängt, so dass die 3 Belagerten schließlich den Sprung auf die Straße wagten. Einer von ihnen, namens Adamczyk, stürzte, an Bein und Kopf verletzt, zu Boden, während den beiden anderen der Weg versperrt wurde. Es gelang ihnen aber, den ihnen entgegentretenen

Polizeibeamten kampfunfähig zu machen

und zu entkommen. Die beiden Verwundeten mußten ins Spital gebracht werden, wo dem Verbrecher das linke Bein abgenommen werden mußte.

Damit hatte die Aktion gegen die Bande aber noch nicht ihren Abschluß gefunden. Am Donnerstag erfuhr die Polizei, daß der Führer von ihnen, ein gewisser Weber, sich in einem Arbeitshäuschen in Bielschowiz verborgen halten. Das Haus wurde zunächst beobachtet, bis

Polizisten in Stahlhelmen und Stahlpanzern

eingetroffen waren. Weber verließ mit einer Waffe in der Hand das Haus, um zu flüchten, lehrte aber um, als er der Polizei ansichtig wurde,

um auf der entgegengesetzten Seite zu entkommen. Als er merkte, daß er umzingelt war, richtete er mit der linken Hand die Waffe gegen sich selbst und war sofort tot.

Die Suche nach dem dritten Banditen, namens Meissner, dauert noch an. Im Zusammenhang mit dieser Verfolgung der Verbrecherbande wurden 4 Personen verhaftet, bei denen sie sich aufgehalten haben.

Drei Triebwagenzüge für SG. angefordert

Oppeln, 27. Januar.
Infolge des rückläufigen Verkehrs auf bestimmten Strecken der Reichsbahndirektion Oppeln wird — wie auch in anderen Reichsbahndirektionen — der Einsatz von Triebwagenzügen geplant. Nach überschläglichen Berechnungen beständen für Triebwagen wirtschaftliche Verwendungsmöglichkeiten für einzelne Verbindungen auf den Strecken:

Gleiwitz—Sosnowitz—Makoschau—Porembska, Kandrzin—Oppeln,
Kandrzin—Natzburg—Oderberg,
Kandrzin—Czeluś, Oppeln—Krenzburg,
Oppeln—Poppelau,
Oppeln—Carlsruhe,
Oppeln—Löwen,

wo bisher schon ein Triebwagen läuft. Nach neuen Erwägungen würde es ausreichen, wenn in Oppeln ein zweiachsiges Triebwagen (120 PS) mit einem Anhängewagen, in Gleiwitz ebenfalls ein zweiachsiges Triebwagen mit einem Anhängewagen und in Kandrzin ein vierachsiger Triebwagen (175 oder 410 PS) stationiert werden würde.

Dieser Bedarf ist bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft bereits vorgemerkt worden. Es kann jedoch noch nicht festgestellt werden, wann diese Wagen zur Auslieferung gelangen können, weil alle diese großen Beschaffungen nur nach Maßgabe der verfügbaren Gelbenmittel erfolgen können.

Vor dem Kriege wurden Triebwagen nur als Dampftriebwagen oder Speichertriebwagen (Akkumulator-Triebwagen) verwandt. Vor etwa sieben Jahren ist die Reichsbahn auch zur konstruktiven Durchbildung und Beschaffung von

Triebwagen mit Verbrennungsmotor

übergegangen. Interessant ist die seitherige Entwicklung dieser Motorwagen. So ist z. B. das

Verhältnis von Eigengewicht zur Motorleistung ganz bedeutend verbessert worden. Die vierachsenigen Wagen, die 1925 noch ein Leergewicht von rund 40 Tonnen hatten, wiegen jetzt bei gleicher Platzzahl nur etwa 28,5 Tonnen und die zweiachigen etwa 18 Tonnen Leergewicht. Die wichtigsten Eigenarten der neuen zweia- und vierachsigen Triebwagen sind die folgenden:

Der zweiachige Triebwagen hat ein Leergewicht von etwa 13 Tonnen, ist mit einem Dieselmotor von 120 PS ausgerüstet, erreicht eine Höchstgeschwindigkeit von durchschnittlich 70 Kilometer/Stunde,

elektrische Beleuchtung, Warmwasserheizung, Druckluftbremse. Insgesamt hat er 45 Sitzplätze.

Überfall auf der Landstraße

(Eigener Bericht)

Sosnowitz, 27. Januar.

Am Donnerstag, in den späten Abendstunden, ereignete sich auf der Chaussee zwischen Sosnowitz und Jawodzie ein Raubüberfall. Dem von "Geschäften" in Oberschlesien nach Hause fahrenden Sosnowitzer Kaufmann Schläma Bitter löste sich ein Rad von seinem Wagen. Er bat vorübergehende, ihm bei der Wiederinstandsetzung des Wagens zu helfen. Drei Männer, offensichtlich Arbeiter, taten dies auch recht gern. Nach beendeter Arbeit wollte Bitter sie bezahlen und zog seine Brieftasche heraus, in der sich 400 Zloty befanden. Einer der Helfer gab er dann 50 Groschen. Die drei Männer entfernten sich zunächst einige Schritte und berieten sich, dann kamen sie zurück und verlangten mehr Geld. Bitter wollte es ihnen nicht geben. Darauf zog einer der Männer ein Messer, bedrohte den Kaufmann, während die beiden anderen ihn an den Händen festhielten und ihm dann die Brieftasche raubten. Die Männer flüchteten, während der Überfallene die Polizei zu Hilfe holte. Bisher fehlt von den Tätern jede Spur.

3. Klasse. Nach Bedarf kann der zweiachsiges Triebwagen auch noch einen zweiachigen Beiwagen mitführen.

Der vierachsige Triebwagen hat ein Leergewicht von etwa 28,5 Tonnen ist mit einem Dieselmotor von in der Regel 175 PS ausgerüstet, erreicht eine durchschnittliche Höchstgeschwindigkeit von 80 Stundenkilometer, hat mechanisches Getriebe, elektrische Beleuchtung, Warmwasserheizung, Druckluftbremse. An Sitzplätzen umfaßt er acht 2. und 55 3. Klasse. Bei Bedarf können dem vierachsigen Triebwagen auch noch ein vierachsiger oder ein bis zwei zweiachige Beiwagen beigeistellt werden.

Tödlicher Jagdunfall bei Kohlsdorf vor Gericht

(Eigener Bericht)

Newstadt, 27. Januar.

Im November v. J. hat sich auf der Gemarlung Hahnvorwerk, am Nordrande des Kohlsdorfer Waldes, ein furchtbares Jagdunglück getragen. Der Jagdwächter Anton Thoma war mit seinem Schwager Franz Hamerla aus Deutsch Müllmen und einem guten Gefährten, R. Blachta aus Schmitz, zur Fasanenjagd. Als drei Rehe ins Feld wechselten, ging Blachta in Anschlag. Hamerla folgte ihm und wollte auf die Rehe schießen; er verlangte von Thoma ein Geschöpfe und setzte sich auf den Rasenrand, um die Büchse zu öffnen. Die Büchse war ein altes Kaliber; sie ging nicht auf und Ha-

merla brach sie über das Knie. Hierbei entlud sich die Waffe, und der in gebückter Haltung auf Hamerla auflaufende Thoma erhielt auf ungefähr 7 Meter den vollen Schrotschuß in den Kopf. Der Getroffene brach blutüberströmt zusammen und verschied in den Armen des Unglücksschüßen. Hamerla stand nun am Donnerstag vor dem Neustädter Schöffengericht. Das Gericht hielt ihn für schuldig, billigte ihm aber mildende Umstände zu. Das Urteil lautete wegen fahrlässiger Tötung und unbefugten Waffenbesitzes auf 3 Monate 1 Woche Gefängnis und wegen Jagens ohne Jagdschein auf 30 Mark Geldstrafe.

Kunst und Wissenschaft

Stadttheater Kattowitz:

"Schwarzwaldmädchen"

Das Wiedersehen mit den "Schwarzwaldmädchen" bereitete in Kattowitz viel Freude. Die Aufführung war gut, alle Rollen trefflich besetzt. Die kostümliche Ausstattung verdient ein besonderes Lob. Der Altmeister Theo Knapp verstand seine Regie Kunst, und Kapellmeister Albrecht brachte die freudlichen Melodien zum angenehmen Erklingen. Stephan Sieben gab einen sympathischen Domkapellmeister, desgleichen jah man den "Dorfenvirtuoso" Theo Knappetsch gern auf der Bühne. Den großzügigen Berliner verkörperte Martin Chrhard ausgezeichnet. Gut dargestellt wurden auch die wandernden Freunde durch Emil von Chlars und Herbert Anders, der besonders singt sang. Mit herrlicher Stimme erfreute Hermann Armgart als Lore; ebenso gefiel Hella Wunder als Hannele, und Herma Tröldahn als Naisch verdiente sich als Bärbel besondere Anerkennung. Eine starke Stütze der Aufführung war Adele Fischer als Dame von Welt. In der Figur des Herkules gefiel Wilhelm Franck durch gute Haltung. Lotte Ebert und Ludwig Dobelmann verbündeten in kleineren Rollen Erwähnung. Die tänzerische Ausgestaltung hatte Ilse Engbarth mit viel Geschick beorgt. Das Publikum nahm all das Schöne mit großer Freude entgegen und dankte mit herzlichem Beifall.

L. Sch.

Paul Altenberg: „Vertrauenstrafe“

Aufführung im Mannheimer Nationaltheater

Jugend ist maklos in ihren Gefühlen — ohne Überlegung überläßt sie sich ihrem Impuls und verurteilt Lente, was sie gestern noch angehetet hat. Dies die Quintessenz der Tragödie „Vertrauenstrafe“ von Paul Altenberg, der das Forum einer Antithesen in einer Schauspielverletzt, um die junge Generation zur Frage der Autorität Stellung nehmen zu lassen. Das Stück spielt unter Primanern, die ihrem

humanistisch belasteten Wortschatz freien Lauf lassen dürfen. Schon durch diesen „Jargon“ gewinnt das Spiel soviel Lebensnahe, daß die Brüche zwischen dem Schauspieler und dem Zuhörer im Augenblick geschlagen ist. Das Vertrautensverhältnis zwischen Klafe und Lehrer geht in den Augenblick in die Brüche, als ein Schüler einen Mord begeht und der Lehrer dem jugendlichen Mörder die Hilfe zur Flucht abschlägt. Die Mitschüler wollen nicht begreifen, daß die Tötung eines sozialen Menschen, der der Ermordete war, ein Verbrechen ist und erklären sich mit dem Täter solidarisch.

Die Uraufführung durch das Schauspielstudio des Nationaltheaters gab der jungen Garde die Bühne Gelegenheit, ihrem Temperament ein Ventil zu öffnen. Eine Fülle jugendlicher Begabungen, darunter Karl Hartmann und Eva Bubat, spielte sich in den Vordergrund, sorgfältig gehütet und geführt von der Regie Raoul Ulster. In der Rolle des Directors gab Richard Dornteiß der Aufführung starkes, menschlich erfülltes Rückgrat.

Hg.

Richard Wagner's „Hochzeit“

Aufführung eines Opern-Fragments
in Stuttgart

Der „unbekannte Wagner“ wird in Stuttgart an die Spitze der theatralischen Feierlichkeiten gestellt. Nach dem beispiellosen Erfolg der „Fee“, die in der farbenprächtigen Inszenierung und dem Glanz herrlicher Stimmen ihre Lebensfähigkeit offenbart, folgte in einer festlichen Gedenkfeier das Fragment „Die Hochzeit“, das Richard Wagner als Neunzehnjähriger komponierte. Ein deutsches Ritterchauspiel (mit Liebesmotiv) wird am Hofe Hadmars mit der Feier der Vermählung Alas mit Arindal eingeleitet. Ein klangerfüller Chor und ein wirkungsvoller geführtes Septett sind der erste Anlauf Richard Wagners zur Eröfung der Opernbühne. Wenn auch die Höhe von Beethovens Egmont-Musik und „Leonore“ den Sturm und Drang des Komponisten in epigionale Bahnen treibt, so ist doch die persönliche Eigenart des Stils unverkennbar. Die Atmos-

sphäre des „Fliegenden Holländer“ spult schon in diesem Jugendwerk, das mit opernhafter Schlagkraft und theatralischer Routine hingestellt ist. Unter Generalmusikdirektor Carl Leonhardt Führte erlebte das Fragment mit dem Opernchor und den schönen Solostimmen des Württembergischen Landestheaters, voran Margarete Teschemacher, Ewynd Laholm und Magda Straß, eine denkwürdig vollkommene Wiebegabe. Vorher sprach der Stuttgarter Universitätsprofessor Wolfgang Götsche über Richard Wagners dramatische Sendung, und Leonhardt musizierte mit den Solisten seines Orchesters in vollendetem Klangfutton das „Siegfried Idyll“ in der Originalbesetzung für 13 Instrumente. Der als Aufzelt einer zärtlichen Aufführung sämtlicher Opernwerke Wagners dargeboten Teile dankte herzlicher, ehrlicher Beifall.

Hg.

Richard Billinger: Lob des Landes

Aufführung in Leipzig

Diese fünfaktige Komödie des Kleistpreisträgers Billinger erfüllt nur unvollkommen die Erwartungen, die man nach dem sensationellen Erfolg der „Rauhnacht“ auf sie gesetzt hatte. Dabei handelt es sich, nur diesmal in satirischer Beleuchtung, um dasselbe Thema: es ist ein Mensch da, der sich von den Verwurzelungen mit Ursprung und Milieu gelöst hat und ihm nun isoliert und halslos gegenübersteht. Während aber

das in seinen Voraussetzungen wesentlich epische Problem in der „Rauhnacht“ eine dramatische Zuspihung erhält, ist in dem „Lob des Landes“ die Zeit der Konflikte längst vorüber. Zwischen den beiden Welten herrschen kaum noch Beziehungen; während zu ebener Erde das eng umgrenzte, fast sture und triebhaft-dumpfe Leben des österreichischen Bauerntums sich abspielt, haust im Obergeschoß der Dr. Billibald Kinsler, der nach dem Tode seines Bruders das väterliche Gut übernehmen mußte. Das hätte eine Gestalt von Molierescher Fülle werden können, dieser saufende Schwabronen, der weiter nichts zu tun hat, als mit seinem Alito zum Tröpfen in die Stadt zu

fahren, der sich von seiner Frau scheiden lassen will, um einem lustern-koletten Ungarn mäßel ein Schloß zu kaufen — sie geht ihm vorher prompt mit dem Röhlach durch —, und der schließlich seiner Freundin Steffi nach Wien nachreist und Bauernhof Bauernhof sein läßt. Aber das dauernde Aneinandervorbereiten, diese in einem kurzatmig-schlenkrigen Stile hingewichsten und für die Bühne viel zu blutlos finanzierten Monologe des Doktors verärgern auf die Dauer selbst ein gebildiges Publikum, zumal der Autor auch auf die Dronisierung alter Schwanz- und Volksstücke nicht verzichten zu können glaubt. So versucht die Freundin Steffi aus der tramplichen Bäuerin durch allerhand Toiletteneinfüllung eine feine Dame zu machen, und der Großvater will den armen Doktor gar mit Hilfe eines mit Milzbrandbazillen infizierter Nasenpinsel vergiften.

Das alte Theater zu Leipzig brachte das stilistisch sehr ungleiche Stück unter Peter Stančin als Regie in einer sehr sorgfältig vorbereiteten Aufführung heraus. Otto Gebühr als Gast zeigte in der Rolle des Dr. Kinsler eine ungewöhnlich durchdachte Kunst der Charakterisierung. Das Publikum war offenbar in zweipältiger Stimmung und bereitete dem Werk einen dünnen Achtungserfolg, für den der Dichter persönlich danken konnte.

Dr. B.

Oberschlesisches Landestheater. Heute abend (20.15) in Beuthen die Operette „Schwarzwalddädel“. In Gleiwitz (20.15) die Erstaufführung der Salonorchester „All Wege führen zur Liebe“. Für Sonntag (15.30) ist als Volksvorstellung (zu kleinen Preisen, 0.20—2.20) die Operette „Die drei Musketiere“ festgelegt; am Abend (20) ist eine Opernpremiere: „Undine“ (16). In Kattowitz (16) die Freie Volksbühne, Beuthen. Sonntag, vormittags 11 Uhr, Stundgebung für die Erhaltung unseres Grenzland-Kulturtheaters unter Mitwirkung des Dirigenten, des Chors und namhafter Solisten des Theaters (Einlaßkarten für 30 Pf. einschl. Garderobe werden nur in der Geschäftsstelle der Freien Volksbühne ausgegeben). Am Abend (20) Erstaufführung der Loring-Oper „Undine“ für die Gruppe D.

Schwere Bluttaten aus Mifultschütz vor dem Radi

Die Schwiegereltern Lazarettfähig zerstochen

Eigener Bericht

Benthen, 27. Januar.

Aufregende Bilder entwidete die heutige Sitzung des Schöffengerichts unter Vorsitz von Landgerichtsrat Dr. Seidler. Die Körperverleihungen, die zur Aburteilung standen, waren mit einem Schlägtemesser, mit einem Bierglas und einem faustbreiten Stein verübt worden, so daß der Gerichtsvorsthende einer Bitte um milde Bestrafung mit vollem Recht dahin begegnete:

"Wir können solche Roheitdelikte, auch wenn sie in Mifultschütz passieren, nicht milde bestrafen, im Gegenteil, sie können nicht hoch genug bestraft werden."

Das einem kleinen Seitengewehr gleichende Messer spielte eine Rolle in dem Prozeß, der dem Hörner Jakob Giolba aus Mifultschütz amacht wurde. Dieser wohnte bis Ende des vergangenen Jahres mit seiner Frau und seinen 6 Kindern bei den Schwiegereltern, mit denen er dauernd Reibereien hatte. Am 3. November v. K. wanderte er anstatt zur Schicht von Kneipe zu Kneipe und kam nicht unerheblich angetrunken nach 22 Uhr nach Hause. Vor seiner Wohnung traf er mit seiner Frau, die ihren Mann suchen gegangen waren, zusammen. Er vergriff sich an ihr derart, daß sie in Hilfesuch. Darauf eilten die Schwiegereltern herbei und erreichten, daß das Thabor nach Hause ging. In der Wohnung ging der Streit aber von neuem los. Um diesen ein Ende zu machen, zerrte der Schwiegervater seine Tochter in die Stube und schloß sie ein. Darüber geriet der Schwiegersohn derart in Wut, daß

er aus einer Schublade in der Küche das Schlägtemesser holte und auf die Schwiegermutter und den Schwiegervater einschlug.

Beherzte Einwohner des gleichen Hauses machten dem Blutbad dadurch ein Ende, daß sie den Wütenden an die frische Luft brachten. Der Schwiegervater hatte mehrere Messerstiche

in den Leib erhalten, so daß er in Lebensgefahrlichem Zustande nach dem Knapsacklazarett Röllitz gebracht wurde.

In der heutigen Verhandlung erklärte der Zeuge, er sei derart betrunken gewesen, daß er nicht wisse, was er getan habe. Der Schwiegervater verweigerte die Aussage, so daß die Anklage auf Bedrohung mit dem Tode fallen gelassen werden mußte. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Der Schwiegervater verfuhr, mit dem Hinweis auf die 6 Kinder des Angeklagten, vergleichbar, die sofortige Verhaftung rückgängig zu machen.

Die Bluttat im Wirtshaus.

Weiter hatte sich wegen eines Roheitdeliktes der Dreher Stefan Bagisch aus Mifultschütz zu verantworten. Er hatte mit 2 Bekannten in einem Wirtshaus in Mifultschütz Skat gespielt; das Spiel wurde plötzlich abgebrochen.

Danach beschuldigte der Angeklagte den einen Mifspieler des Skatspiels und belegte ihn mit beleidigenden Ausdrücken. Darüber geriet der Angeklagte in eine solche Wut, daß

er sein Bierglas nahm und es nach seinem Gegner schleuderte.

Das Glas ging am Kopfe des Getroffenen in Splitter und verleiste ihn in der Nähe des linken Auges. Das Urteil lautete auf 2 Monate Gefängnis, bei einer Bewährungsfrist unter der Bedingung, daß er eine Geldbuße von 50 Mark zahlt.

Den Unterkiefer gebrochen.

Das dritte Roheitdelikt eines Mifultschützers spielte sich auf der Straße ab. Angeklagt war der Arbeiter Menzel, der seinen angeblich beleidigten Vater rächen wollte. Ohne viel Worte zu machen, überfiel er einen Bekannten und bearbeitete ihn mit der Faust derart im Gesicht, daß dem Überfallenen der Unterkiefer gebrochen wurde. Der Angeklagte wurde zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Lehranstalten sein. Der Vortrag dürfte geeignet sein, allen denen, die ein lebendiges Interesse an der richtigen Erziehung des jugendlichen Menschen haben, im Zusammenhang mit der Ausstellung vertiefende Einblicke in den Werdegang der künstlerischen Entwicklung des Jugendlichen zu geben.

* Autobus zum Fußballspiel nach Gleiwick. Zum am Sonntag um 14.15 Uhr in Gleiwick auf dem Vorwärts-Platz stattfindenden Fußballspiel um die Süddorf deutsche Meisterschaft vorwärts-Rajenport Gleiwick gegen Benthen 09 wird von Benthen, Kaiser-Franz-Joseph-Platz aus um 12 Uhr ein städtischer Autobus zum verbilligten Fahrpreis von 1.20 Mark für die Hin- und Rückfahrt verlehren.

* Frontkriegerbund protestiert gegen Rentenkürzungen und Verhöhnung von Doppelverdienstern. Die Versammlung, unter Leitung von Nawrath, wählte folgenden Vorsitz: Ortsgruppenführer Hänsel, Ortsgruppenführerstellvertreter Fabian U., Schriftwart Nawrath, Kassenwart Czopnik, Pressewart Kuhn, Schießwart Franke, Sportwart Staneit, Heinrich Weißer, Melchior, Renzicke, Klimet. Zu Kassenprüfern wurden Fabian U., Parl und Rosiolle gewählt. Die Versammlung protestierte dann dagegen, daß der Magistrat und andere Behörden noch Leute beschäftigen, deren Familiengesamtinkommen mehr als 300 Mark beträgt, während die Kriegsopfer ohne Arbeit sind. Nach einer lebhaften Aussprache über Bewilligung von Siebzehnstellten und Schulgeld für Kinder-Schwerbeschädigter wurde die Sitzung geschlossen.

* General Hoefers Dank an den Magistrat. Auf die Mitteilung hin, daß der Magistrat beschlossen habe, den durch die neue Randiedlung führenden Weg, an dem viele Selbstschützlämpfer angesiedelt sind, "Hoeferweg" zu benennen, hat Exzellenz Hoefer in einem Dankesbrief an den Oberbürgermeister seiner Kreise darüber Ausdruck verliehen, daß er auf diese Weise mit ehemaligen Selbstschützlämpfern dauernd verbunden bleibt. "Aus dem ehrenden Beschlusse lese ich den Sinn", so fährt er fort, "daß er nicht mir gilt, sondern der Erinnerung an die erste Zeit, wo sich der Selbstschutz, dessen Führer ich war, mit Leib und Leben für Überlebende eingestellt hatte. Ich bitte Sie, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, bei dem Magistrat der Vermittler meines herzlichen Dankes zu sein für diese außerordentliche Anerkennung und ihm meine aufrichtigen Wünsche für reiche Erfolge seines Wirkens zu Nutzen und Vornamen Beurkundung und für die Wiedereröffnung unseres deutschen Vaterlandes zum Ausdruck zu bringen.

* Zur Durchführung der Redenstraße durch das Schützenhausgrundstück. Der Magistrat hat in der letzten Sitzung beschlossen, daß zur Durchleitung der Redenstraße durch das Schützenhausgrundstück erforderliche Straßenländer feststellt zu erwerben. Zu beiden Seiten der durchzulegenden Redenstraße soll in der Länge des Schützenhausgrundstückes eine mit Toren und Eingangstüren versehene Abschlußmauer errichtet werden.

* "Schöpferische Gestalten im Leben des Kindes". Im Rahmen der Sonderausstellung "Reichtum der Jugend" spricht Dr. Abramowski, Breslau, heute, Sonnabend, 20 Uhr, im Saal der Stadtbücherei über "Schöpferische Gestalten im Leben des Kindes". Der Vortrag wird durch Vorführung farbiger Lichtbilder ergänzt. Von besonderem Interesse wird ein Wechselseitiges Gespräch des Vortragenden mit Schülern und Schülerinnen der höheren

Was esse ich bei 30 Grad Kälte?

Wie unsere Wohnung, so verlangt im Winter auch das Körperinnere eine gewisse Anheizung; denn zur Aufrechterhaltung der normalen Körpertemperatur gegenüber der kalten Außenluft muß auch der Verbrennungsprozeß, der sich ständig in unserem Körper vollzieht, erhöhte Aufwürchen gewahrt sein. Das notwendige Heizmaterial dafür liefert uns die tägliche Mahnung.

Unser Körper bedarf zu seiner Erhaltung und Leistungsfähigkeit einer bestimmten Menge von Nährstoffen, deren wesentlichste Eiweiß, Fett und Zuckerstoffe sowie Mineralialze und die sogenannten Ergänzungsnährstoffe (Vitamine) sind. Das jeweilige Mengenverhältnis ist dabei hauptsächlich abhängig von Alter, Beruf und Jahreszeit sowie vom "Eiwert" der einzelnen Nahrungsmittel. Hinsichtlich dieses stehen die Fette in der Liste oben an. Man wird also, wenn es wie im Winter gilt, auch innerlich tüchtig einzuhören, den Fettgehalt (Butter, Fett, Speck, Margarine, Delijs.) zweckmäßig etwas mehr als sonst in den Vordergrund der Ernährung stellen.

Als Eiweißspender kommen hauptsächlich Fleisch, Eier und Milch in Betracht. Fleisch und Eier sind aber teuer, deshalb sei hier auf den Seeßich als billigen, vollwertigen Eiweißträger hingewiesen, der zudem auch Vitamine und

Mineralialze in reichlichen Mengen enthält. Glücklicherweise trifft dies besonders gerade für die billigen, fetten Fische (Hering, Büffel und Sprotte), aber auch für Schellfisch und Kabeljau zu.

Weitere Eiweißträger sind frisches Obst und frisches Gemüse, indessen diese fehlen zur Winterszeit meist ganz oder sind doch nicht für jedermann erschwinglich. Besonders Kindern gebe man daher, wo es angeht, Apfel und Rübe, Apfelsinen und Mandarinen, oder auch die gut schmeckenden Fruchtstäbe. Diese eignen sich ebenso wie Gemüse oder Zitronensaft auch als Zulage zur Milch des Säuglings und des Kleinkindes. Da die Milch im Winter, wo das Vieh nicht hinaus auf die Weide kommt, erheblich ärmer an Vitaminen ist als im Sommer, bedarf das wachsende Kind einer solchen Nahrungszulage.

Die nötigen Zuckerstoffe und Mineralialze beziehen wir billiger durch die Kartoffeln. Um von ihrem Nährwert nichts zu verlieren, sollte man Kartoffeln stets in der Schale kochen oder am besten dampfen.

Der Winter stellt also, wie man sieht, an die Köchekunst der Hausfrau, die eine gesunde Kühle führen will, allerlei Anforderungen, denen aber mit einem Wissen und Willen nicht schwer zu genügen ist.

Dr. C. Kayser.

* Eislaufverein Grün-Gold. Eislauftraining für Erwachsene und Kinder von jetzt an auf dem Schwanenteich.

* Abteilung des Sudetengebirgsvereins. Stg. Fahrt aller nach Dramatal. Treffen (9) Parteidienstag.

* Reichsverband deutscher Kriegssöpfer, Stadtteil Rossberg, Stg. (15) Generalversammlung, Turnhalle (Dzierzon).

* SCD. Hauptversammlung So. (20) Strohs Hotel.

* Deutsch-nationale Volkspartei. Heute (17) bei Burdies, Röllitz, Kreisparteitag, 19 Reichsgründungsfeier.

Stollzowiz

* Befreiung der Schulleiterstelle in Helenendorf. Zum Hauptlehrer an der Schule Helenendorf wurde der an der Schule I zu Röllitz amtierende Lehrer Andreas Motros ernannt.

Gleiwitz

* Ernennung. Kulturtechniker Ludwig Satzel, der beim Städtischen Tiefbauamt tätig ist, wurde nach bestandenen Examens zum Kulturbaumeister ernannt.

* Ferngasleitung in Betrieb. Das Verbandsgaswerk Benthen-Hindenburg hat dem Magistrat mitgeteilt, daß die letzten Arbeiten an der Ferngasleitung, nämlich das Einheizen von Isolierstücken, beendet sind und daß die Leitung nunmehr mit Gas gefüllt wird. Die Füllung beginnt am Sonnabend und soll am Montag beendet sein. Ab Dienstag kann somit Ferngas an die Landesfrauenklinik abgegeben werden, da auch die Regler- und Messstation in der Klinik selbst seit einigen Tagen betriebsbereit fertiggestellt ist.

* Aus der Arbeit der Feuerwehr. In der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember wurde die Feuerwehr zu 161 Hilfeleistungen herangezogen. Das Krautentaus leistete 157 Transporte und 1105 Fahrtkilometer. Die städtische Brandwache löste 2 Mittel- und 9 Kleineuer, befeuerte in 2 Fällen Verkehrshindernisse und griff zu einer besonderen Hilfeleistung ein. Die Wache I Gleiwick-Stadt hielt 7 Instruktionsstunden ab und stellte 48 Sicherheitswachen, die Abteilung II Gleiwick-Petersdorf hielt 6 Instruktionsstunden ab und stellte 18 Sicherheitswachen, die Abteilung III Gleiwick-Müthersdorf übte ab 2 Tagen, hielt 10 Instruktionsstunden ab und stellte 24 Sicherheitswachen. Die Abteilung IV Gleiwick-Bernsdorf hielt auch Instruktionsstunden und 3 Übungen ab, die Abteilung V Gleiwick-Sosnowitz löste 2 Feuer, hielt 3 Instruktionsstunden ab, stellte 10 Sicherheitswachen, veranstaltete eine Übung leitete eine Absicherung und stellte 2 Ehrengäste. Die Abteilung VI Ellguth-Zabrze hielt 6 Instruktionsstunden ab und stellte ein Ehrengesetz.

Peitschensham

* Staatsbürgerscher Abend. Die Landesabteilung der Reichszentrale für Heimatkunst veranstaltete einen staatsbürgerschen Vortragabend. Dr. Babilas, Ratibor, sprach über "Weltwirtschaftslage und deutsche Wirtschaftspolitik." Vor dem Vortrag wurde das Streichquartett Op. 64 von Haydn gespielt und der Vortragende und die Erschienenen durch Bürgermeister Schauder begrüßt. Den Abschluß bildeten die Gesangsvereinigung des Kirchenchores "Das trende Deutsche Herz" und "Mein österreichisches Lied."

Hindenburg

Der älteste Fleischermeister

Deutschlands +

Im 95. Lebensjahr starb der älteste Fleischermeister Deutschlands, Alexander Lehle, Dorotheenstraße. Der Verstorbene war Kriegsteilnehmer von 1864, 1866 und 1870/71.

* 80. Geburtstag. Seinen 80. Geburtstag begibt in voller Rüstigkeit Fleischmeister i. R. Ogon, Gartenstraße.

* 70 Jahre Volksschule. Die älteste Volksschule der Stadt, die Volksschule 27, kann in diesem Jahre auf ihr 70-jähriges Bestehen zurückblicken. An einem Elternabend wurden anlässlich dieses Jubiläums von den Schülern Aufführungen gezeigt, die an die Zeit der Entstehung der Schule erinnerten.

* Verein katholischer deutscher Lehrerinnen. Der Lehrerinnenverein beschäftigt sich mit den Durchführungsbestimmungen des Reichsjugend-

notwerks. Fr. Zajic berichtete über die Errichtung der Kameradschaften für 500 erwachsene Mädchen in Hindenburg. Für die geistige Betreuung haben sich Lehrerinnen zur Verfügung gestellt. Fr. Maier berichtete über die letzte Kreislehrerratssitzung. Fräulein Schröder erläuterte die günstigen Bedingungen der Kollektivhaftpflichtversicherung des Lehrerinnenvereins. Fr. Hanke sprach zur Beitragszahlung im neuen Jahr.

* Tanztee zugunsten der Winterhilfe. Oberbürgermeister Franz und Bürgermeister Dr. Oppertsalzki haben für Sonntag um 4 Uhr zu einem Tanztee im Casino der Donnersmädel eingeladen. Vom Landestheater wirkten mit: Irmgard Armgard, Anne Marion, Ruth Puls, Hans Lehender und Kapellmeister Fritz Behrens. Die Konferenz liegt in den Händen von Ewald Maria Braüche. Die Veranstaltung — zugunsten der Winterhilfe — verspricht einen recht fröhlichen Nachmittag.

* Evangelischer Gemeindekirchenrat. Der Evangelische Gemeindekirchenrat hält am Donnerstag, 2. Februar, 20 Uhr, im Gemeindehaus eine Versammlung der wahlberechtigten Gemeindemitglieder ab, in der der Bericht über die Tätigkeit der Gemeindefürsorge vorgelegt wird. Voraussichtlich wird sich eine Sitzung der Gemeindevertretung anschließen, um die Wahlen zur Kreishand vorzunehmen. Es sind sechs Abgeordnete und zwei Stellvertreter zu wählen.

* Reichsgründungsfeier beim Kreisstiegerverband. Der Kreisstiegerverband hielt eine stimmungsvolle Reichsgründungsfeier ab, die aus nationalen Kreisen stark besucht war. Divisionspfarrer Meier, der die Festrede hielt, gab seiner Frau darüber Ausdruck, daß wir nicht einen einzigen nationalen Gedenktag haben. Man habe den 18. November dem 11. August gegenübergestellt und dadurch die deutsche Zerrissenheit auch in den Gründungsfeiern zum Ausdruck gebracht. Der Redner sprach darüber, was das heutige Deutschland am 18. Januar 1871 verändert und über das große Opfer, das wir für die Erhaltung der Reichseinheit in dem zweiten Weltkrieg gebracht haben. Alles ging dahin, nur die Reichseinheit blieb und damit Bismarcks Erbe. Divisionspfarrer Meier sprach über das Gebot der Stunde, unsere Aufgabe in Gottes. Er versteht nicht den Optimismus der Regierung, die behauptet, die Gleichberechtigung sei uns zugesandt. Frankreich habe jetzt eine amtliche Stelle eingerichtet und den früheren Vorsitzenden des Volksverbands beauftragt, mit amtlichen Mitteln eine Gegenpropaganda gegen den deutschen "Unschuldsblitzzug" zu eröffnen. Vielleicht werde nun auch bei uns eine offizielle Organisation zur Belämmfung der Schulbildung kommen. Vor der Sicherheit Deutschlands und seiner Gleichberechtigung bauten die Franzosen die Hindernisse ihres kontruktiven Planes auf. Es müsse jedem einleuchten, daß dieser Plan für uns unannehmbar sei, und daß wir die Gleichberechtigung nur bekommen, wenn wir eines Tages von uns aus durchsetzen.

* SpV. Schultheiß-Wagenhofer. In der Generalversammlung wartete die Gesangsabteilung mit Gesangseinlagen auf. Einstimig wurde der 1. Vorsitzende, Braumeister Franz Heiß, wieder gewählt. Aus der weiteren Wahl gingen hervor: Max von 2. Vors., Hanusek Geschäftsführer, John Schriftführer, Brüdner und Skripalz Käffier, Waltraud und Kamionka Sportwarte, Bogdall Jugendleiter, Melzer Obmann der Gesangsabteilung, Rieß Beugwart, Klimas, Ballwart, Kubitsch, Endzof, Rieß und Slubek Beißer.

* Vom Evangelischen Arbeiterverein. Der Verein wählte in einer Jahreshauptversammlung den Vorsitz wie folgt: Brüdner, 1. Vorsitzender, Hoffengart, 2. Vorsitzender, Kleiner, Schriftführer, Böhm, Käffier.

* Vom Stadttheater. Am Dienstag ist Theaterfrei. Nächste Aufführung am Freitag, 3. Februar, 20 Uhr, "Dortuffe".

Ratibor

* Aufnahme des Kraftpostverkehrs. Der Kraftpostverkehr auf der Linie Ratibor-Gnadenfeld, der wegen Schneeverwehungen vorübergehend eingestellt war, ist am 26. Januar, mittags, wieder aufgenommen worden.

Heute früh 4 Uhr ist plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser herzensguter Papa, unser lieber Schwiegersohn, Schwager und Onkel, der Mechanikermeister

Ferdinand Scherr

im Alter von 41 Jahren, für immer von uns gegangen.

Beuthen OS., den 27. Januar 1933
Friedrich-Ebert-Straße 23.

In tiefer Trauer namens aller Hinterbliebenen
Gertrud Scherr, geb. Haase, als Gattin
Horst und Brunhilde als Kinder.

Trauerfeier Montag, den 30. Januar cr., nachm. 3 Uhr, im Trauerhaus; anschließend Überführung zur Beisetzung auf dem alten evangel. Friedhof.

Heute gegen 21/4 Uhr nachmittag verschied nach kurzem Krankenlager meine liebe Frau, unsere innig geliebte, treusorgende Mutter, Schwester und Tante

Frau Ernestine Juretko

geb. Rohowsky,

im Alter von 54½ Jahren.

Beuthen OS., den 27. Januar 1933.

Dies zeigen an in tiefem Schmerz

Johann Juretko als Gatte,
Emmerich, Hildegard, Otto, Walter und Reinhold als Kinder.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 30. Januar, um 8½ Uhr, vom Trauerhause, Hubertusstraße 11, aus statt.

Ein treues Mutterherz
hat aufgehört zu schlagen.

Plötzlich und unerwartet verschied nach einem arbeitsreichen Leben, wohlverschen mit den hl. Sterbekräften, meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Johanna Enenkel

geb. Blasé

im Alter von 62 Jahren.

Beuthen OS., Breslau, Görlitz, Hamburg, Ratibor, den 27. Januar 1933.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Sonntag, 2½ Uhr, vom Trauerhaus Hohenzollernstraße 28 aus.
Requiem: Montag, 6 Uhr, in der St. Trinitatiskirche.

Amtsgericht in Beuthen OS.

Raufgesuche

Gebr. Nähmaschine

gefrohlt. Preisangebote mit. B. 3122 an die G. d. Stg. Beuthen.

Undine

Oper von Lortzing.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am 1. Februar 1933, 10 Uhr, an der Gerichtsstelle in Beuthen OS. (Stadtpark) Zimmer 25 versteigert werden die im Grundbuch von Rößberg Band 16 Blatt Nr. 634 auf den Namen der Frau Marie Wosnitza, geb. Jagoda in Beuthen OS. eingetragene Grundstückshälfte, Hofraum, Gomerstraße 11, in Größe von 4 a 01 qm, Gebäudesteuer- nungswert 400 Mark.

Amtsgericht in Beuthen OS.

Im Auto unters Eis

Ein Insasse aus 10 Meter Wassertiefe gerettet

Telegraphische Meldung

Stralsund, 27. Januar. Ein Kraftwagen, der von dem 25jährigen Autotaxenunternehmer Krüger gesteuert wurde, geriet zwischen Altefähr und Stralsund auf dem zugeschütteten Strelasund in eine offene Stelle. Im nächsten Augenblick war der Wagen unter der Eisfläche im Strom verschwunden. Die Tiefe beträgt hier etwa 10 bis 12 Meter.

Der eine Fahrgäste, ein Pferdehändler aus Stralsund, hatte auf dem Grund des Sündes die unglaubliche Geistesgegenwart, die Tür des Autos zu sprengen. Durch den Auftrieb des Wassers wurde er an die Oberfläche gebracht, und zwar zuerst unter das Eis. Es gelang ihm aber, bis

zur Einbruchsstelle zu kommen. Mit den Händen klammerte er sich an das Eis, und mit den Zähnen hielt er sich an einem ihm von Fußgängern zugeworfenen Mantel fest. So konnte er gerettet werden.

Die Versuche, auch die beiden anderen Insassen des Autos aus ihrem furchtbaren Gefängnis zu befreien, mußten erfolglos abgebrochen werden, obwohl auch Berufsfeuerwehr aus Stralsund mit Leitern und Bootshaken arbeitete.

Das Eis auf dem Strelasund war Donnerstag von der Polizei lediglich für den Fußgängerverkehr freigegeben worden. Vor dem Befahren mit Fahrzeugen war ausdrücklich gewarnt worden.

Wiener Innenstadt von Kraftdroschen blockiert

Protestkundgebung gegen die Benzinsteuer

Telegraphische Meldung

Wien, 27. Januar. Auf dem Stephansplatz im Innern der Stadt und in den anliegenden Befahrtsstraßen veranstalteten Freitag nachmittag sämtliche Taxichauffeure mit ihren Wagen eine Kundgebung gegen die Benzinsteuer. Durch die Tausende von Autotaxis, die auch Privatautos und Autobusse eingeschlossen haben, ist das ganze Viertel blockiert. Der Fuhrwerksverkehr in diesen Straßen steht völlig. Zu ersten Zwischenfällen ist es zwar bis 19 Uhr nicht gekommen, aber mit der Dunkelheit und nach Geschäftsschluss machte sich eine gewisse Nervosität bemerkbar. Die Polizei bemühte sich, die Straßen für den Fuhrwerksverkehr dadurch wieder freizumachen, daß die Autos auf eine Straßenseite geschoben wurden. Hierbei wurden die Beamten des österreic angegriffen, so daß sie wiederholt mit dem Guzminknüppel einschreiten müssen. Die innere Stadt wurde abriegelt und in die öffentlichen Gebäude Militär gelegt. Bundeskanzler Dr. Dollfuß geriet mit seiner Familie mit seinem Auto nachmittags in die beginnende Autofahrt.

Neuer Geschäftsführer der Berliner Funkstunde

Telegraphische Meldung

Berlin, 27. Januar. Der bisherige stellvertretende Direktor der Reichsrundfunkgesellschaft, Wilhelm Wagner, ist zum Geschäftsführer der Berliner Funkstunde bestimmt worden.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages setzte die vertraulichen Verhandlungen fort. Zunächst wurden Minderheiten frage besprochen.

Kommen Sie zum fröhlichen

Winzerfest

Heute Sonnabend in

Tschauers Weinstuben
Beuthen OS., Dynosstraße am Kaiser-Franz-Joseph-Platz. Tel. 4499

Beuthener Stadtkeller

Dynosstraße / Telefon 4586

Heute Sonnabend sowie jeden Sonntag und Mittwoch

Die urgemütlichen, fidelen

Original-Bockbierfeste

Die anerkannte Hochburg der Stimmung

Das süßige Bockbier

BÜRGERHOF

Fernsprecher 2063
früher Weihenstephan - Gerichtsstraße 3

Heute u. morgen groß. Bockbierfest

Zum Ausschank gelangen: Weberbauerhell, Weihenstephan, St. Corbinian (Starkbier), Erstes Kulmbacher. Beachten Sie bitte meinen preiswerten Mittagstisch u. die reichhaltige Abendkarte. W. Czienkowski



Heute Sonnabend und morgen Sonntag

Sandler-Bräu

Spezialausschank

Beuthen OS., Inn. Josef Koller, Tel. 2585

Bahnhofstraße 5

Anstich von hellem Sandler-Bock.

Fertige Betten

Jetzt bedeutend billiger, nur bei

H. Herzberg, Zaborze

Ingenieur-Schule

Maschinenbau, Elektrotechnik, Automobilbau

Weimar

Flugzeugbau, Fliegerschule, Papiertechnik, Eig. Lehrwerkstätten

Wildungol-Tee

bei Blasen- und Nieraleiden

in allen Apotheken

Siechen-Biere in Krügen 3, 2 und 1 Liter

Siphons in 3, 5 und 10 Liter empfiehlt frei Haus

Bierhaus Bavaria, Beuthen, Teleph. 2350

Miet-Gesuche

2 Zimmer

mit Beigebäck zw. I. & 2. OG gesucht, Preisang. u. B. 3114 an d. G. d. S. Beuth.

Stellen-Angebote

Lehrling,

Sohn achtj. Eltern, der das Bäckerhandwerk erlernen will, per sofort gesucht. Rudolf Balloch, Bäckermeister, Beuthen OS., Bahngasse 28, Kurfürst 3033.

Ju 3 Tage
Nichtraucher
Anschrift kostenfrei!
Sanitäts-Depot
Salle a. S. P. 241

Rheinisches Stahlwerk,

welches als Spezialität gewünschte Bohr- stäbe wir, sowie sämtliche für den Grubbedarf benötigten Stahlbohrer herstellt, sucht gut eingeführten

Vertreter

für Deutsch-Oberschlesien. Gepl. Angeb. mit, L. M. 703 an die G. d. S. Beuthen.

Nur einmalige Gelegenheit!
Wer sucht — findet ideal Befüllung, gutes Einkommen und gute Anlage für Eigenkapital bis

100 000 RM.

Alle Selbststrebanten (auch Damen) erhalten Anschrift und werden im Zuschriften mit Angabe des verfügb. Kapitals, des Berufs, Alters und der Konfession gebeten unter S. A. 702 an d. Gesch. d. Zeitg. Beuthen.

1x

IN DER WOCHE INSERIEREN kostet Sie nur 2,- RM. u. hat ungeahnte Wirkung. Inserieren Sie in der OSTDEUTSCHEN MORGENPOST

Ein Hotel niedergebrannt

Zwei Todesopfer, mehrere Verletzte

Detmold, 27. Januar. In dem Hotel-Restaurant „Zur Traube“, in dem auch ein Kabarett-Betrieb unterhalten wird, entstand früh morgens ein Brand, der sich in kürzester Zeit zu einem Großfeuer entwickelte. Die schlafenden Gäste konnten nur das nackte Leben retten. Insgesamt befanden sich 15 Personen in dem Gebäude, von denen 12 mit mehr oder minder schweren Brandwunden in das Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Eine Frau ist bereits auf dem Transport gestorben, eine andere ringt mit dem Tode. Das Hotel brannte bis auf die Grundmauern nieder. Die Löscharbeiten gestalteten sich infolge der Kälte äußerst schwierig. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch nicht festgestellt, doch wird überheizen eines Ofens angenommen.

Aus dem oberen Stockwerk des Hotels „Zur Traube“ wurde die vollkommen verlöschte Leiche der Schwiegertochter des Hotelbesitzers Dettmer geborgen. Ihr Mann, der zum Fenster hinausgesprungen war, liegt mit schweren Verletzungen im Krankenhaus.

Oldenburg-Januschau gegen die Osthilfe-Bomwürfe

Telegraphische Meldung

Berlin, 27. Januar. Namensherr von Oldenburg-Januschau beschäftigt sich in den Mitteilungen der Deutschen Nationalen Volkspartei mit den Bomwürfen, die gegen ihn und andere Landwirte im Zusammenhang mit der Osthilfe gemacht worden sind. Er habe eine Million Pfandbriefe auf seinen Gütern gehabt, ohne daß sein Kredit darunter gelitten habe, und er werde auch nicht darunter leiden, wenn er halb soviel Industrieobligationsschulden habe. Es sei Unfinn, daß er ein Gut mit Geldern der Osthilfe gekauft habe. Er habe vor vier Jahren ein Gut gekauft und habe vor einem Jahr den Sicherungscheck in Anspruch genommen, da inzwischen der Zusammenbruch der Landwirtschaft erfolgt sei, mit der Unmöglichkeit, irgendeinen Realcredit erhalten oder ein Gut verkaufen zu können. Man könne sich gar nicht mit einem Gut unter Schutz stellen, wenn man mehrere Güter habe. Der Gesamtbetrag stehe dann unter Schutz und haftete für die Beliebung. Es sei Unfinn, daß man Geld von der Industriebank zur beliebigen Verwendung bekomme. Die Industriebank bezahle die Schulden direkt an die Gläubiger. Es sei Unfinn, daß man vom Staat Geld geschenkt bekomme. Man bekomme es geliehen gegen 5 Prozent Zinsen einschl. Amortisation.



Kaiser Wilhelm II.

Beging seinen 74. Geburtstag.

Wie steht Berlin zur Berufsspielerfrage?

Am Sonnabend und Sonntag wird der Verband Brandenburgischer Ballspiel-Vereine auf dem Bezirkstag und dem anschließend abgehaltenen Verbandstag, auf dem auch der Bezirk Pommern vertreten ist, seine sportliche und verwaltungsmäßige Lage einer Prüfung unterziehen. Das größte Interesse wird man auf dem Verbandstag dem Bericht des Vorstandes über die Sitzung des Gesamtvorstandes des Deutschen Fußball-Bundes vom letzten Sonntag entgegenbringen. Höchstwahrscheinlich wird man sich auch einigen über die Frage, mit welchen Richtlinien der Vorstand zu dem Bezirkstag am 28. Mai gehen soll. Berlin wird sich wohl ohne Zweifel zu der süddeutschen Ansicht des „italienischen Systems“ bekennen, das den Bestand des jüdischen Spielerischen Baues sichert, wenn auch die stenischen Bedenken groß sind. Das offene Berufsspielertum würde das jetzige Gebäude des Verbandes doch allzu sehr erschüttern, die Verantwortung will der Verband keineswegs auf sich nehmen.

Bergwerksbesitzer Binoli vermietet Zimmer

Hat Morawieß Zuwendungen erhalten? — Die Aussichtsratsmitglieder sagen aus

(Eigener Bericht)

W. E. G. Oppeln, 27. Januar.

Am fünften Verhandlungstage wurde mit der Vernehmung Binolis fortgefahren. Staatsanwaltschaftsrat Sänger interessiert sich besonders dafür, wie ein Betrag von 475 000 Mark verhandelt worden ist. Binoli will die Gelder für die Gruben-Aktien-Gesellschaft in Bamwicke verbraucht haben, vermag aber über die einzelnen Posten keine genauen Angaben zu machen. Oberbuchhalter Kleiber von der Hansabank hat im September 1929 von dem Binoli-Kredit erfahren. Chmielus habe ihm mitgeteilt, daß er mit dem Konto Binoli nichts zu tun haben wolle. Die Wechsel von Binoli beließen sich auf insgesamt 1 100 000 Mark. Sie wurden im Depot der Bank gehalten, wurden von Morawieß zu Monat verbraucht, wurden von Morawieß zu Monat verbraucht und der Verfalltag immer wieder ausgedehnt.

Das Generalunkostenkonto verschwiegen

Aussichtsratsmitglied Kaluza: Es kam mir zu Ohren, daß sich die Bankangestellten darüber lustig machten, daß dem Aussichtsrat immer die falschen Bücher gezeigt wurden. Ich erfuhr auch von einer Reise des Morawieß zum Abschluß eines Hirschses nach Dresden. Ich forderte Einsicht in das Unkontokonto, das mir stets vorbehalten wurde. Von dem Konto Binoli erhielt ich erst im März 1931 Kenntnis, als es bereits auf 750 000 Mark angewachsen war. Ein anderes Aussichtsratsmitglied möchte darauf aufmerksam machen, daß das Konto Binoli nicht stimme, was jedoch Morawieß bestreit. Das Konto Binoli wurde bei der Verleugnung der Debitorenkonten übergangen.

Morawieß: Ich habe viel weniger Spesen berechnet, als ich verbraucht habe.

Zeuge Kleiber bekundet, daß Morawieß zu Chmielus geäußert habe, ein Bankangestellter müsse dem Aussichtsrat gegenüber von dem Konto Binoli geplaudert haben.

Zeuge Broßl, der Buchhalter bei Binoli war, berichtete über die Gründung der Gesellschaft. Zunächst wurden 20–30 Leute beschäftigt. 1928 stieg die Zahl auf etwa 300. Trotzdem Binoli im Jahre 1928 von der Hansabank 528 000 Mark erhielt, wurden die Arbeiten in der Grube eingestellt, da Geldmangel vorhanden gewesen sei soll. Über den Verbrauch der Gelder, die Binoli erhalten hat, vermag Broßl keine genauen Angaben zu machen. Fest steht, daß Binoli mit den Gelben der Hansabank Geschäfte gemacht hat, die Verlustgeschäfte waren.

Binoli muß unterstützt werden

Über die gegenwärtige Beschäftigung des Binoli erklärte der Zeuge Broßl, daß

Binoli Zimmer in Rottowitz vermietet und von seinen Verwandten Unterstützung erhält.

Die Aussichtsratsmitglieder der Hansabank, Baumeister Schalek, Kreuzburg, Kaufmann Sadlo, Gleiwitz, Kaufmann Joseph, Maurermeister Wodarz und Forstmeister Preußler, befanden, daß der gesamte Aussichtsrat erst in der Sitzung vom 23. März 1931 Kenntnis von dem hohen Binoli-Kredit erhielt.

Zeuge Kaufmann Sadlo hörte zuerst vom Binoli-Kredit und veranlaßte darauf die Sitzung am 23. März 1931. Morawieß wurde hierbei gefragt, ob es zutreffe, daß ein Kredit von 250 000 Mark nach Polen gewährt worden sei. Morawieß erwiderte: "Es sind 750 000 Mark." Eine Kommission sollte darauf nach Warschau fahren, um sich über den Stand der Verhandlungen mit der Regierung zu unterrichten. Morawieß forderte von den Kommissionenmitgliedern die Pässe, um das Bilum zu besorgen, was er jedoch nicht tat, so daß die Reise unterbleiben mußte.

Zeuge Maurermeister Joseph, Gleiwitz, erklärt, daß L. Landesrat Hirzberg Morawieß in der Sitzung fragte, wer ihn zu diesem Kredit ermächtigt habe. Morawieß habe erklärt, daß er sich hierzu berufen und befugt gehalten habe. Der Zeuge führte weiter aus,

Chmielus sei zu ihm nach Gleiwitz gekommen und habe zugegeben, daß der Binoli-Kredit bereits 1 300 000 Mark betrage.

Ob Morawieß Zuwendungen von Binoli erhalten hat, wußte Chmielus nicht.

Morawieß habe in den Versammlungen immer das Gegenteil von dem vorgetragen, was in den Alten stand.

Zeuge Oberbuchhalter Kleiber erklärt, daß es zwischen Morawieß und Chmielus zu Meinungsverschiedenheiten gekommen sei und

Chmielus die Korrespondenz mit Binoli nicht mehr abzeichnen wollte.

Maurermeister Wodarz sagt aus, daß Morawieß Revisionen hintertrieben habe, da Morawieß die Kosten für auswärtige Revisionen zu hoch hielt und die Revisionen durch einen Unterbeamten ablehnte. Zeuge Wodarz erklärt, daß auch Kaluza in der Märzzeitung über den hohen Kredit bestürzt war.

Vors.: Wer hat die Berichte vorgetragen?

Wodarz: "Die großen Sachen hat Morawieß vorgetragen. Die Debitorenliste wurde von ihm nicht verlesen, auch nicht das Konto Binoli. Als der Eisner-Kredit besprochen wurde, lehnte der Aussichtsrat einen weiteren Kredit ab, worauf Morawieß erklärte: 'Dann müssen Sie mir sagen, was ich machen soll.' Es wurde dann ein weiterer Kredit bewilligt, später wurde jedoch fest-

gestellt, daß uns Morawieß falsch unterrichtet hatte.

Vors.: Wann haben Sie von dem Binoli-Kredit gehört?

Breuhler: Erst kurz vor dem Zusammenbruch der Bank.

Vors.: Palombini hat ausgeführt, daß er mit Ihnen bereits im November 1928 auf der Jagd in Pilgramsdorf über diesen Kredit gesprochen habe.

Breuhler: Das ist mir vollkommen unbekannt. Ich kann mich nicht daran erinnern.

Der Zeuge wird Palombini gegenübergestellt, der seine Angaben aufrecht erhält.

Vors.: Wie steht es mit dem Konto der Jagdgesellschaft?

Breuhler: Ich habe von diesem Konto gehört. Ich habe stets meine Anteile an Morawieß bezahlt.

Bankleiter Heinrich erklärte, sich auch mit Chmielus über die Lage der Bank unterhalten zu haben. Doch habe dieser betont, er glaube, daß der Vorstand der Lage Herr werden würde ohne Aussichtsrat.

Sodann wurde der Zeuge Direktor a. D. Köhl zum

Eisner-Kredit

gehört.

Köhl: Es wurde zunächst ein Wechselkredit, dann ein offener Kredit über 100 000 Mark eingeräumt, der dann immer mehr anstieg.

Vors.: Warum haben Sie einen so hohen Kredit gewährt?

Kreuzburg

* 30 Grad Kälte. Die Kältewellen hat auch hier Temperaturen bis -28 Grad gebracht. Als kältester Ort ist die Gemeinde Rottowitz anzusehen, die -30 Grad ablesen konnte.

Rosenborg

* Goldene Hochzeit. Das Fest der Goldenen Hochzeit konnte der Auszügler Bröll mit seiner Ehefrau in Lomnitz begehen.

Dresden

* Aus Wildgrund nicht wieder zurückgekehrt. Ungekommen? Der städtische Angehörige Wild aus Neustadt weilt bei der Skieranstaltung in Wildgrund. In vorgesträuter Stunde mache er sich auf den Weg, um zu Fuß nach Neustadt zu gehen. Er ist bis heute nicht in Neustadt angekommen. Es wird angenommen, daß Wild vom rechten Wege abgekommen und in der kalten Nacht erfroren ist. Man hat bereits nach Wild gesucht, jedoch blieben die Nachsuchungen bisher ergebnislos.

* Wenn die Pferde wild werden... Bei Leuber mußte ein mit fünf Personen besetztes Auto in den Straßengräben fahren, um zu verhindern, daß es von einem wildgewordenen Pferdepann gerammt wurde. Das Auto wurde beschädigt, jedoch kamen die Fahrgäste mit dem Schreden davon. Die Pferde liefen weiter, der Kutscher fiel heraus und wurde verletzt. Erst bei Ellsnia konnte man das wilde Gespann aufholen.

* Die Zollabfertigungsstelle wird aufgelöst. Die Zollabfertigungsstelle Neustadt wird mit dem 1. Februar aufgelöst. Oberzollstettner Baum kommt an das Hauptzollamt, Zollstettner Kreischner kommt nach Oppeln.

Groß Strehlitz

Was löset die vorstädtische Kleinsiedlung?

Stadtverordnetenvorsteher Grätz gab in der Stadtverordnetenversammlung über verschiedene, die Allgemeinheit interessierende Fragen Aufschluß. Mit Rücksicht auf die ungenügenden Geschäftsräume der Stadtverwaltung sollte der Vertrag mit dem Zivilistischen wegen Vermietung städtischer Räume an das Amtsgericht bereits vor längerer Zeit gelöst werden. Der Vertrag ist nunmehr bis zum Jahre 1934 verlängert worden, nachdem die Miete von 6 100 Mark auf 6 800 Mark erhöht worden ist. Um wenigstens teilweise der Raumnot des Magistrats abzuhelfen, wurde die Wohnung des Amtsgehilfen im Rathause einzogen und befreimäßig als Büroväume zur Verfügung gestellt. Interessant waren die Ausführungen über die Kosten der vorstädtischen Kleinsiedlung. Die Gesamtkosten für die 10 Siedlerstellen betrugen außer Grundstückskosten 29 714 Mark. Arbeitslöhnne sind in diesem Betrage nicht enthalten, da der Ausbau im Freiwilligen Arbeitsdienst vorgenommen wurde. Die Revision des Stadforstes durch den Reg.-Kommissar hat ergeben, daß die Durchforstungen sachgemäß ausgeführt wurden. Die Bewirtschaftung des Forstes ist sachgemäß erfolgt.

Vors.: Wer hat die Berichte vorgetragen?

Wodarz: "Die großen Sachen hat Morawieß vorgetragen. Die Debitorenliste wurde von ihm nicht verlesen, auch nicht das Konto Binoli. Als der Eisner-Kredit besprochen wurde, lehnte der Aussichtsrat einen weiteren Kredit ab, worauf Morawieß erklärte: 'Dann müssen Sie mir sagen, was ich machen soll.' Es wurde dann ein weiterer Kredit bewilligt, später wurde jedoch fest-

gestellt, daß uns Morawieß falsch unterrichtet hatte.

Chmielus die Korrespondenz mit Binoli nicht mehr abzeichnen wollte.

Wodarz: "Die Aussichtsratsmitglieder haben sich die Verhandlungen mit dem Aussichtsrat nicht angeschaut, auch nicht das Konto Binoli. Als der Eisner-Kredit besprochen wurde, lehnte der Aussichtsrat einen weiteren Kredit ab, worauf Morawieß erklärte: 'Dann müssen Sie mir sagen, was ich machen soll.' Es wurde dann ein weiterer Kredit bewilligt, später wurde jedoch fest-

gestellt, daß uns Morawieß falsch unterrichtet hatte.

Vors.: Wer hat die Berichte vorgetragen?

Wodarz: "Die großen Sachen hat Morawieß vorgetragen. Die Debitorenliste wurde von ihm nicht verlesen, auch nicht das Konto Binoli. Als der Eisner-Kredit besprochen wurde, lehnte der Aussichtsrat einen weiteren Kredit ab, worauf Morawieß erklärte: 'Dann müssen Sie mir sagen, was ich machen soll.' Es wurde dann ein weiterer Kredit bewilligt, später wurde jedoch fest-

gestellt, daß uns Morawieß falsch unterrichtet hatte.

Vors.: Wer hat die Berichte vorgetragen?

Wodarz: "Die großen Sachen hat Morawieß vorgetragen. Die Debitorenliste wurde von ihm nicht verlesen, auch nicht das Konto Binoli. Als der Eisner-Kredit besprochen wurde, lehnte der Aussichtsrat einen weiteren Kredit ab, worauf Morawieß erklärte: 'Dann müssen Sie mir sagen, was ich machen soll.' Es wurde dann ein weiterer Kredit bewilligt, später wurde jedoch fest-

gestellt, daß uns Morawieß falsch unterrichtet hatte.

Vors.: Wer hat die Berichte vorgetragen?

Wodarz: "Die großen Sachen hat Morawieß vorgetragen. Die Debitorenliste wurde von ihm nicht verlesen, auch nicht das Konto Binoli. Als der Eisner-Kredit besprochen wurde, lehnte der Aussichtsrat einen weiteren Kredit ab, worauf Morawieß erklärte: 'Dann müssen Sie mir sagen, was ich machen soll.' Es wurde dann ein weiterer Kredit bewilligt, später wurde jedoch fest-

gestellt, daß uns Morawieß falsch unterrichtet hatte.

Vors.: Wer hat die Berichte vorgetragen?

Wodarz: "Die großen Sachen hat Morawieß vorgetragen. Die Debitorenliste wurde von ihm nicht verlesen, auch nicht das Konto Binoli. Als der Eisner-Kredit besprochen wurde, lehnte der Aussichtsrat einen weiteren Kredit ab, worauf Morawieß erklärte: 'Dann müssen Sie mir sagen, was ich machen soll.' Es wurde dann ein weiterer Kredit bewilligt, später wurde jedoch fest-

gestellt, daß uns Morawieß falsch unterrichtet hatte.

Vors.: Wer hat die Berichte vorgetragen?

Wodarz: "Die großen Sachen hat Morawieß vorgetragen. Die Debitorenliste wurde von ihm nicht verlesen, auch nicht das Konto Binoli. Als der Eisner-Kredit besprochen wurde, lehnte der Aussichtsrat einen weiteren Kredit ab, worauf Morawieß erklärte: 'Dann müssen Sie mir sagen, was ich machen soll.' Es wurde dann ein weiterer Kredit bewilligt, später wurde jedoch fest-

gestellt, daß uns Morawieß falsch unterrichtet hatte.

Vors.: Wer hat die Berichte vorgetragen?

Wodarz: "Die großen Sachen hat Morawieß vorgetragen. Die Debitorenliste wurde von ihm nicht verlesen, auch nicht das Konto Binoli. Als der Eisner-Kredit besprochen wurde, lehnte der Aussichtsrat einen weiteren Kredit ab, worauf Morawieß erklärte: 'Dann müssen Sie mir sagen, was ich machen soll.' Es wurde dann ein weiterer Kredit bewilligt, später wurde jedoch fest-

gestellt, daß uns Morawieß falsch unterrichtet hatte.

Vors.: Wer hat die Berichte vorgetragen?

Wodarz: "Die großen Sachen hat Morawieß vorgetragen. Die Debitorenliste wurde von ihm nicht verlesen, auch nicht das Konto Binoli. Als der Eisner-Kredit besprochen wurde, lehnte der Aussichtsrat einen weiteren Kredit ab, worauf Morawieß erklärte: 'Dann müssen Sie mir sagen, was ich machen soll.' Es wurde dann ein weiterer Kredit bewilligt, später wurde jedoch fest-

gestellt, daß uns Morawieß falsch unterrichtet hatte.

Vors.: Wer hat die Berichte vorgetragen?

Wodarz: "Die großen Sachen hat Morawieß vorgetragen. Die Debitorenliste wurde von ihm nicht verlesen, auch nicht das Konto Binoli. Als der Eisner-Kredit besprochen wurde, lehnte der Aussichtsrat einen weiteren Kredit ab, worauf Morawieß erklärte: 'Dann müssen Sie mir sagen, was ich machen soll.' Es wurde dann ein weiterer Kredit bewilligt, später wurde jedoch fest-

gestellt, daß uns Morawieß falsch unterrichtet hatte.

Vors.: Wer hat die Berichte vorgetragen?

Wodarz: "Die großen Sachen hat Morawieß vorgetragen. Die Debitorenliste wurde von ihm nicht verlesen, auch nicht das Konto Binoli. Als der Eisner-Kredit besprochen wurde, lehnte der Aussichtsrat einen weiteren Kredit ab, worauf Morawieß erklärte: 'Dann müssen Sie mir sagen, was ich machen soll.' Es wurde dann ein weiterer Kredit bewilligt, später wurde jedoch fest-

gestellt, daß uns Morawieß falsch unterrichtet hatte.

Vors.: Wer hat die Berichte vorgetragen?

Wodarz: "Die großen Sachen hat Morawieß vorgetragen. Die Debitorenliste wurde von ihm nicht verlesen, auch nicht das Konto Binoli. Als der Eisner-Kredit besprochen wurde, lehnte der Aussichtsrat einen weiteren Kredit ab, worauf Morawieß erklärte: 'Dann müssen Sie mir sagen, was ich machen soll.' Es wurde dann ein weiterer Kredit bewilligt, später wurde jedoch fest-

gestellt, daß uns Morawieß falsch unterrichtet hatte.

Vors.: Wer hat die Berichte vorgetragen?

Wodarz: "Die großen Sachen hat Morawieß vorgetragen. Die Debitorenliste wurde von ihm nicht verlesen, auch nicht das Konto Binoli. Als der Eisner-Kredit besprochen wurde, lehnte der Aussichtsrat einen weiteren Kredit ab, worauf Morawieß erklärte: 'Dann müssen Sie mir sagen, was ich machen soll.' Es wurde dann ein weiterer Kredit bewilligt, später wurde jedoch fest-

gestellt, daß uns Morawieß falsch unterrichtet hatte.

Vors.: Wer hat die Berichte vorgetragen?

Wodarz: "Die großen Sachen hat Morawieß vorgetragen. Die Debitorenliste wurde von ihm nicht verlesen, auch nicht das Konto Binoli. Als der Eisner-Kredit besprochen wurde, lehnte der Aussichtsrat einen weiteren Kredit ab, worauf Morawieß erklärte: 'Dann müssen Sie mir sagen, was ich machen soll.' Es wurde dann ein weiterer Kredit bewilligt, später wurde jedoch fest-

gestellt, daß uns Morawieß falsch unterrichtet hatte.

Vors.: Wer hat die Berichte vorgetragen?

Wodarz: "Die großen Sachen hat Morawieß vorgetragen. Die Debitorenliste wurde von ihm nicht verlesen, auch nicht das Konto Binoli. Als der Eisner-Kredit besprochen wurde, lehnte der Aussichtsrat einen weiteren Kredit ab, worauf Morawieß erklärte: 'Dann müssen Sie mir sagen, was ich machen soll.' Es wurde dann ein weiterer Kredit bewilligt, später wurde jedoch fest-

gestellt, daß uns Morawieß falsch unterrichtet hatte.

Vors.: Wer hat die Berichte vorgetragen?

Wodarz: "Die großen Sach

Weiterer Schuß gegen Zwangsvollstreckungen durch Notverordnung

Bon Referendar Horst Wilhelm Schneider, Beuthen O.S.

Die katastrophalen Auswirkungen der Wirtschaftskrise, die den Grundbesitz durch die Flut von Zwangsversteigerungen nur mehr und mehr an den Abgrund brachte, veranlaßte den Gesetzgeber, bereits in der 4. Notverordnung (8. Dezember 1931) Schuß bei Zwangsversteigerungen in städtische wie ländliche Grundstücke zu gewähren. Der Vollstreckungsschutz besteht darin, daß die Zwangsversteigerung eines Grundstückes bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen auf Antrag des Schuldners durch das Gericht für eine gewisse Zeit eingestellt werden kann. Erst nach Ablauf dieser Frist wird das Verfahren zu Ende geführt oder, wenn der Schuldner in der Zwischenzeit seine Gläubiger befriedigen konnte, aufgehoben. Bei Erlass der 4. Notverordnung hatte man gehofft, daß im Sommer 1932 eine Besserung der wirtschaftlichen Gesamtlage eintreten und die Mehrzahl der Schuldner wieder zahlungsfähig werden würde, den Schuldner somit durch die Einstellung der Zwangsvollstreckung bis zu einer Dauer von 6 Monaten geholfen wäre. Diese Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Um zu verhüten, daß weitere Bodenwerte in der Zwangsversteigerung verschwendet werden, hat sich der Gesetzgeber veranlaßt gesehen, die Dauer der Einstellung von Zwangsversteigerungen zu verlängern (NotVO. v. 14. Juni und 27. September 1932).

Da in diesen Wochen in den meisten Fällen die Frist, für welche das Verfahren zum zweiten Male eingestellt war, wiederum abläuft oder sogar schon abgelaufen ist, sah sich der Gesetzgeber von Neuem vor die Frage gestellt, ob er diejenigen Schuldner, denen er für gewisse Zeit Vollstreckungsschutz gewährt hatte, nunmehr fallen lassen und damit einer neuen Flut von Zwangsversteigerungen den Weg freimachen soll oder nicht. Ersteres wäre volkswirtschaftlich nicht tragbar gewesen. In der neuesten Verordnung (17. 1. 1933) hat der Gesetzgeber

einem Schuldner, der schon zweimal einen Vollstreckungsschutz erlangt hatte, die Möglichkeit eröffnet, unter bestimmten Voraussetzungen auch noch ein drittes Mal die Einstellung der Zwangsvollstreckung bis zu einer Dauer von 6 Monaten zu erlangen.

Bei Erlass der neuesten Notverordnung trat aber immer mehr der Gedanke in den Vordergrund, daß eine scharfe Auslese zwischen den lebensfähigen und den unverträglichen Betrieben vorzunehmen ist und künftig nur noch die ersten eine Berücksichtigung beim Vollstreckungsschutz verdienen. Infolgedessen wurde der Umfang des Vollstreckungsschutzes neu gestaltet, zum Teil erweitert, zum Teil eingeschränkt. Da die Rechtslage infolge der wiederholten Abänderung der grundlegenden Notverordnung vom 8. Dez. 1931 wenig übersichtlich ist, sollen die jetzt geltenden Grundsätze über den Vollstreckungsschutz, wie sie sich aus der Neuerung der jüngsten Notverordnung vom 17. 1. 1933 ergeben, kurz dargestellt werden.

Vollstreckungsschutz genießen städtische wie ländliche Grundstücke. Für ländlichen Grundbesitz hat der Vollstreckungsschutz in manchen Punkten eine abweichende Regelung erhalten. Die allgemeinen Voraussetzungen des Schutzes sind aber bei beiden Arten von Grundstücken die gleichen.

I. Städtischer Grundbesitz

1. Erste Voraussetzung des Vollstreckungsschutzes ist folgende: Das Gericht darf die Einstellung nur anordnen, wenn das Unterbleiben der Bezahlung des Schuldners auf Umständen beruht, die in der wirtschaftlichen Gesamtlage (Wirtschaftskrise) nicht etwa z. B. im Krankenstand des Schuldners begründet sind, und die der Schuldner aus eigenen Kräften nicht abwenden konnte. Der Gesetzgeber gewährt insbesondere in den Fällen Vollstreckungsschutz, in denen der Schuldner infolge von Ausfällen an Mieten oder an Erträgen eines auf dem Grundstück errichteten Betriebes nicht in der Lage war, seine laufenden Schulden zu bezahlen. Es muß sich hierbei um solche Schulden handeln, die üblicherweise aus den Erträgen des Grundstücks beglichen werden. Des weiteren erachtet der Gesetzgeber dann die Zahlungsfähigkeit in der Wirtschaftskrise begründet, wenn die Forderung, wegen der die Zwangsversteigerung betrieben wird, innerhalb der ersten sieben Zehntelteile ($\frac{7}{10}$) des Grundstücks Wertes liegt, und es dem Schuldner nicht möglich war, durch Aufnahme eines neuen Darlehens die alte Schuld abzutragen.

2. Trotz Vorliegens der Voraussetzung unter 1. will aber der Gesetzgeber den

Vollstreckungsschutz dann nicht gewähren, wenn dem Gläubiger mit Rücksicht auf dessen eigene schlechte wirtschaftliche Lage eine derartige Belastung, wie sie durch die Hinausschiebung der Versteigerung zweifellos eintritt, billigerweise nicht zugemutet werden kann.

Hier nimmt der Gesetzgeber einen berechtigten Ausgleich zwischen den Interessen des Gläubigers und denen des Schuldners vor. Denn oft ist der Gläubiger nicht minder schuhbedürftig als der Schuldner.

Aus diesem Gesichtspunkt heraus ordnet der Gesetzgeber folgende

Ausnahmen

a: Der Einstellungsantrag ist trotz Vorliegens der Voraussetzung zu 1. abzulehnen, wenn die

zeitweilige Einstellung des Verfahrens dem betreibenden Gläubiger einen unverhältnismäßig hohen Schaden bringen würde. Die Notverordnung stellt die Vermutung auf, daß ein solcher Fall vorliegt, wenn die Zwangsversteigerung von einem Gläubiger betrieben wird, dessen Hypothek innerhalb der ersten $\frac{7}{10}$ des Grundstücks Wertes liegt und die Forderung besteht, daß durch die Hinausschiebung des Versteigerungstermins Rückstände an öffentlichen Abgaben oder an Zinsen anwachsen und den Versteigerungserlös vermindern. Eine Verschlechterung der Lage des Gläubigers kann nämlich insofern eintreten, als die öffentlichen Abgaben (Grundsteuern usw.) vorweg aus dem Versteigerungserlös beglichen werden, bevor sonstige Auszahlungen erfolgen. Aber auch durch das Anwachsen der Zinsen kann dann eine Verschlechterung der Lage des Gläubigers eintreten, wenn diese zu Forderungen gehören, die dem betreibenden Gläubiger im Range vorangehen und somit das geringste Gebot erhöhen.

Das Gericht hat auch die Möglichkeit, die Einstellung der Zwangsvollstreckung davon abhängig zu machen, daß bestimmte Rückstände vom Schuldner sofort oder zu bestimmten Terminen beglichen werden.

3. Die wichtigste Neuerung der letzten Notverordnung besteht in der

Regelung der wiederholten Einstellung der Zwangsversteigerung.

Bisher war nur eine einmalige Wiederholung des Antrags auf Vollstreckungsschutz gestattet. Nunmehr kann auf Antrag die Einstellung nicht nur zum zweiten, sondern auch zum dritten Mal erfolgen, und zwar wiederum bis zu 6 Monaten. Sieht man in Betracht, daß bis zur Entscheidung über den Einstellungsantrag einige Zeit wegen etwaiger Ermittlungen vergeht und die Frist, für welche das Verfahren eingestellt wird, erst mit Erlass des Gerichtsbeschlusses zu laufen beginnt, nach Ablauf der Einstellungsfrist auch noch einige Wochen für die Durchführung des Verfahrens erforderlich sind, so kann der Schuldner sämtliches Fazit einer weiteren Auflösung der Zwangsversteigerung für etwa $\frac{1}{2}$ Jahr erhalten. Alle Schuldner also, die bereits zweimal die Einstellung der Zwangsversteigerung erwirkt hatten, können nunmehr eine dritte Einstellung des Verfahrens erreichen. Die erneute Einstellung ist an folgende Voraussetzungen gebunden:

a) Die erste Einstellung muß entweder durch das Vollstreckungsgericht auf Grund der zu I., II. entwidmeten Grundsätze oder auf Bewilligung des Gläubigers oder auf Anordnung des Bezirksgerichts bestätigt sein, nur bei Versteigerungsverfahren auf Grund nur vorläufig vollstreckbarer Urteile) oder auf die Dauer des landwirtschaftlichen Vermittlungsverfahrens erfolgt sein.

b) Der Schuldner darf bei Stellung des Antrags nicht mit Zinsen oder anderen wiederkehrenden Leistungen (Zahlungsbeiträge usw.) in einem größeren Umfang im Rückstande sein, als diese Beiträge in dem letzten Jahre insgesamt ausmachten. Säumigen Schuldner ist demnach zu empfehlen, Rückstände wenigstens bis zu dieser Höhe zu tilgen. Der Sinn der Vorschrift ist der, daß auf diese Weise

zahlungsfähigen Schuldern, die sich um weitere Leistungen von Zahlung nicht bemühen oder wirtschaftlich so schwach sind, daß jeder weitere Vollstreckungsschutz volkswirtschaftlich nicht mehr zu rechtfertigen wäre, weiterer Schutz versagt wird.

Zu beachten ist, daß die Vorschriften über erneute Einstellung nicht anwendbar sind, wenn die erste Einstellung des Verfahrens nur deshalb erfolgt ist, weil im ersten Versteigerungstermin ein Gebot abgegeben wurde, das die $\frac{7}{10}$ -Grenze des Grundstücks Wertes erreichte.

II. Der ländliche Grundbesitz

Für landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Grundstücke gelten dieselben Vorschriften über den Vollstreckungsschutz wie für städtische Grundstücke mit folgenden Abweichungen:

1. Die Dauer der Einstellung kann über die gewöhnliche Frist von sechs Monaten hinaus, und zwar mindestens bis zum 31. Oktober 1933 erweitert werden. (Neue Bestimmung)

2. Der Vollstreckungsschutz wird nur solchen Betrieben gewährt, die trotz aller augenblicklichen Wirtschaftsnot im Kern lebensfähig und ertragreich sind.

Aus diesem Gesichtspunkt ist folgendes angeordnet:

a) Vollstreckungsschutz wird nur gewährt, wenn die ordnungsgemäße Fortführung des Betriebes bis zur Einbringung der Ernte 1933 gewährleistet ist.

Nur wer hilfswürdig ist, soll Vollstreckungsschutz erhalten.

b) Nach der letzten Notverordnung darf eine Einstellung dann nicht angeordnet werden, wenn die Versteigerung aus einem Darlehen besteht, das in den Jahren 1931 oder später gegeben worden ist, oder wegen einer Forderung, die aus einer für den Betrieb des Schuldners erfolgten Lieferung von Waren aus der gleichen Zeit herrührt. Aus der Unfähigkeit zur Bezahlung solcher allerjüngster Betriebschulden folgert der Gesetzgeber mit Recht die Unwirtschaftlichkeit des Betriebes. Hier noch wei-

terer Vollstreckungsschutz zu geben, würde nur nachteilig sein, weil damit die Kreditwürdigkeit landwirtschaftlicher Betriebe vollends zerstört würde.

c) Eine erneute Einstellung der Zwangsvollstreckung ist auch dann ausgeschlossen, wenn der Schuldner mit Zinszahlung oder anderen wiederkehrenden Leistungen in einem größeren Umfang im Rückstande ist als die in den letzten $\frac{1}{2}$ Jahren fällig gewordenen Zinsen und sonstigen wiederkehrenden Leistungen insgesamt betragen.

3. Weiterhin tritt eine Durchbrechung des erwähnten Grundfazies (vgl. unter I., 2) ein, daß bei einem beachtlichen Interessenwiderstreit zwischen Gläubiger- und Schuldnerinteresse der Gläubiger bevorzugt wird. In drei Fällen kann hier ein entgegenstehendes Interesse des Gläubigers Berücksichtigung finden. Das allgemeine Interesse an der Bewirtschaftung des deutschen Bodens und an der Einbringung der Ernte des Jahres 1933 lassen es berechtigt erscheinen, daß das Interesse des Gläubigers zurücktreten müßt.

* Ohne Rücksicht auf die Lage des Gläubigers wird der Vollstreckungsschutz gewährt:

a) Die Zahlungsfähigkeit auf außergewöhnliche Verluste wie Unwetter, Viehseuchen usw. zurückzuführen ist, oder darin ihren Grund hat, daß die Preise der Produkte, die hauptsächlich von dem betreffenden Betriebe erzeugt werden, in der Zeit seit Ende 1930 erheblich unter den gewöhnlichen Stand für landwirtschaftliche Erzeugnisse gesunken sind, oder

b) (neu) der Schuldner zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten deshalb außerstande war, weil sein Vater infolge der unter 1. genannten Umstände die Pacht nicht zahlen konnte, oder

c) (neu) der Antrag auf Einstellung erstmals gestellt wird und der Schuldner genügend Mittel zu ordnungsgemäßer Bewirtschaftung und Einbringung der neuen Ernte besitzt, bei Nichteinstellung des Verfahrens aber die Ernte 1933 gefährdet sein würde, und wenn der Schuldner nicht mit einem höheren Betrage im Rückstande ist als die in den letzten einundhalb Jahren fällig gewordenen Zinsen und sonstigen wiederkehrenden Leistungen zusammen betragen.

4. Eine besondere Neuerung zum

Schutz der Einbringung der Ernte 1933

ist darin zu sehen, daß sogar Zwangsvollstreckungen in das bewegliche Vermögen, falls außerhalb eines Zwangsvollstreckungsverfahrens über ein Grundstück aufgehoben werden können. Hierzu bedarf es einer Bescheinigung der unteren Verwaltungsbeförderung (Landrat) darüber, daß bei der bisherigen Fassung der Notverordnung der Antrag nicht begründet war, ein neues Antragsrecht, das, wie in den Fällen des vorigen Absatzes, bis zum 1. März 1933 ausgetüftet werden muß. Zu bemerken ist noch, daß für die Entscheidung über Einstellungsanträge keine Gerichtsgebühren erhoben werden.

Vorwärts-Rasensport und 09 spielen!

Alle übrigen Meisterschaftsspiele fallen aus

Im Laufe des Freitag, hatte der Spielausschuß des Südböhmischen Fußballverbandes bekannt gegeben, daß wegen der großen Kälte sämtliche Meisterschaftsspiele der Kreise I und II an diesem Sonntag ausfallen. Da aber in Oberschlesien inzwischen ein Witterungsbumschlag eingetreten war und die Kälte erheblich nachgelassen hatte, setzte sich die Sportredaktion der „Ostdeutschen Morgenpost“, um den Sonntag als Spieltag zu retten, sofort telefonisch mit der Geschäftsstelle des Südostdeutschen Fußballverbandes in Breslau in Verbindung, um eine Zurücknahme dieser Maßnahme, die wohl etwas übereilt getroffen worden war, zu erreichen. Der Verbandsvorsitzende Beinlich hatte zwar anfangs Bedenken, versprach dann aber, umgehend mit dem Spielausschuß noch einmal Rücksprache zu nehmen. Um 10 Uhr abends traf dann folgendes Telegramm bei uns ein:

Spiel für 29. Rasensport Beuthen bleibt. Südostverband.

III. Das Verfahren

Der Antrag auf Einstellung der Zwangsversteigerung ist von dem Schuldner beim Amtsgericht zu stellen. Der Antrag muß innerhalb zweier Wochen nach Erstellung des Beschlusses, der die Zwangsversteigerung anordnet oder den Beitritt eines weiteren Gläubigers zu einem schon schwedenden Verfahren gestattet, gestellt werden. Insbesondere ist zu beachten, daß, wenn mehrere Gläubiger das Verfahren beitreten, also Gläubiger einem bereits eingeleiteten Zwangsvollstreckungsverfahren beigetreten sind, dieser Antrag gegenüber jedem Gläubiger gesondert zu stellen ist.

Die Vorteile der neuesten Notverordnung kommen auch dann einem Schuldner zugute, wenn nach zweimaliger Einstellung das Verfahren infolge Fristablaufs bereits Termin zur Zwangsversteigerung des Grundstücks abberannt ist. Ja, selbst wenn schon vor dem 18. Januar 1933 der Versteigerungszeitpunkt stattgefunden hat und der Zuschlag erteilt war, aber die Frist zur Beiziehung gegen den Zuschlagsbeschluß des Gerichts am 18. Januar 1933 noch nicht abgelaufen war (die Beiziehungsfrist beträgt 14 Tage von der Bekanntmachung des Zuschlags ab), oder der Zuschlag bis zum 15. Februar 1933 erteilt wird, kann der Schuldner durch Einlegung der Beiziehung beim Landgericht

die Versteigerung rückgängig machen.

Da nun der Vollstreckungsschutz in einigen Punkten eine Erweiterung erfahren hat (vgl. I., 3 II., 3 und 4), so gibt der Gesetzgeber dem Schuldner in Fällen, in denen ein früherer Einstellungsantrag deshalb abgelehnt worden ist, weil bei der bisherigen Fassung der Notverordnung der Antrag nicht begründet war, ein neues Antragsrecht, das, wie in den Fällen des vorigen Absatzes, bis zum 1. März 1933 ausgetüftet werden muß. Zu bemerken ist noch, daß für die Entscheidung über Einstellungsanträge keine Gerichtsgebühren erhoben werden.

Kirchliche Nachrichten

Katholische Kirchengemeinden, Beuthen

Pfarreikirche St. Maria: Stg.: 6 dt. Sm., f. d. Parochianen; 7,15 dt. Sm., f. verft. Auguste Spindel; 8 Kindergottesd. f. verft. Franziska Bremwalla; 9 dt. Sm. Pr.; 10,30 p. Sm. Pr.; 11,45 stille M. zur Danktag, Int. Kirch. — 14. Kurb.-Jesu-Vereins-Abd.; 14,30 p. Besperand.; 19 dt. Besperand. — An den Wochentagen: 6, 6,30; 7,15 u. 8 M. — Mi.: 19,15 dt. Besperand. — Do.: (Fest Mariä Lichtmess): 6 p. Sm., Int. des 3. Ordens; 8 Kindergottesd.; 9 Kerzenweihe, dorthin dt. Sm. f. den Mütterverein; 10,30 p. Sm.; 11,45 stille M. f. verft. Maria Friedreich; — 14,30 p. Besperand.; 19 dt. Besperand. — Do.: 14,30 wird der Blasius-Tagen erteilt. Am Mi., Do. u. Frei.: 20. hält anl. der Missionstage Pater Konrad, SVD, aus Heiligkreuz Predigten in der St.-Marien-Kirche ab. — Frei.: Herz-Jesu-Tag. Fest des hl. Blasius: 6 p., 8 dt. Herz-Jesu-Abd. Teile des hl. Blasius: 6, p., 8 dt. Herz-Jesu-Abd. Teile des hl. Blasius-Segens v. 6,30 ab. — Frei.: 16. Beichtgelegenheit f. d. Kind. der Schule 1 — So.: 19,15 dt. Besperand., darauf Beichtgelegenheit nur f. Männer. Taufen: Stg. 15,30 u. Do. 9 — Nachfrankensbesuch b. Küster, Tornowiger Str. 10, melden. Tel. 2630.

Heilige-Geist-Kirche: Stg. 8 M., z. göttl. Vorf. — Do. (Mariä Lichtmess): 8 M.

Pfarreikirche St. Trinitatis: Stg.: 5,30 M., p.; 6,30 M. m. dt. Pr.; 8 Schulgottesd.; 9 p. Sm. m. Pr.; 10 dt. Sm. Pr. (Ch. Hagedorn, Op. 45, Gralsmesse f. St. Trinitatis); 11,30 stille M. m. dt. Pr. — 14 dt. Kinderabend.; 14,30 Singen der p. Tagzeiten; 15 p. Besperand.; 19 d. Christenlehre, Litanei u. S. — In der Woche tägl. 6, 7 u. 8 M. — Mi.: 19,15 dt. Besperand. — Do.: Fest Mariä Lichtmess. Die hl. Messen wie am Stg., nur ohne Pr. — 8 u. 9 Liederchor; 10 Sm. (S. G. Scheel, Op. 45, Missa populi f. Vollgesang (Kantabenz), gem. Chor, Orgel u. Bläserquartett). — 14 Kinderabend.; 14,30 p. Tagzeiten; 15 p. Besperand.; 19 dt. Besperand., darauf Auslegung des Allerheiligsten zum ewigen Gebet. Bei den Andachten Ausstellung des Blasius-Segens, ebenso am Frei. früh. — Frei.: Herz-Jesu-Tag. 19. Einfeierung des Allerheiligsten. Te Deum u. S. — So.: 19,15 dt. Besperand. — Taufen: Stg.: 15,30 u. Do.: 9. — Segensand. — Frei.: 8. — Nachfrankensbesuch b. Küster, Wilhelmstr. 40.

Herr-Jesu-Kirche: Stg.: Einkehr-Stg. 6,30 Früh-W. m. Anpr.; 7,30 Kinder-M. m. Anpr. u. Gem.-Komm. d. Schulgottesd.; 8,30 Amt m. Anpr.; 10 Alab. M. m. Anpr.; 11 Sm. m. Pr. u. S.; 12. d. Allerheil. Andachtsgottesd.; 12–13 Arme-Seelen-Abd.; 13–14 f. Polnischsprachige, 14–15 Kinder, 15–16 Mütterverein, 16–17 Jungfrauen, 17–18 Frauen, 18–19 Männer u. Jungmänner; 19 Segensand. u. Te Deum. — Mi.: 19,30 Josephsand. — Do.: Mariä Lichtmess. Kein geboterter Feiertag. 6,30, 7,30, 8,30 u. 10 M. 8,30 vor dem Amt ist Kerzenweihe m. Proz. Von 17 an ist Beichtgelegenheit. 19,30 Sühneand. m. Anpr. u. S.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Fritz Seifert, Bielsko. Druck: Kirsch & Müller, Sp. o. o. D., Beuthen O.S.



Handel • Gewerbe • Industrie



Die Sozialversicherung im Jahre 1932

Die Einnahmen der Sozialversicherung, die im Jahre 1929 noch 4800 Millionen Mark betrugen, sind im Jahre 1932 auf 2660 Mill. Mark zurückgegangen, während die Ausgaben entfernt nicht in dem gleichen Maße fielen. Berücksichtigt man weiter noch den geänderten Altersaufbau des deutschen Volkes (1910 waren 5 Prozent der deutschen Bevölkerung über 65 Jahre alt, 1931 dagegen 6,7 Prozent), so ergibt sich eine zwangsläufige Tendenz zur krisenhaften Zuspitzung, die noch verschärft wurde durch die Unterlassung rechtzeitiger Sanierungsmaßnahmen.

Als einziger krisenfester Versicherungszweig hat sich die Angestelltenversicherung erwiesen; es betrugen (immer in Mill. Mark):

	1929	1931	1932
Einnahmen	470,7	480,2	447
Ausgaben	161,0	220,2	262,5
Vermögen	1910,3	1893,4	2089

Relativ erträglich war auch die Gestaltung der Krankenversicherung, zu der insbesondere beigetragen hat die rechtzeitige Durchführung von Sanierungsmaßnahmen; die Finanzlage entwickelte sich wie folgt:

	1929	1930	1931
Einnahmen	2109,2	1922,0	1429,3
Ausgaben	2008,5	1799,6	1490,3

Im ersten Halbjahr 1932 sind gegenüber dem Vorjahr die Einnahmen um 17,7 Prozent und Ausgaben um 19,9 Prozent zurückgegangen; die Krankenziffer verminderte sich (großenteils wegen der verschärften Kontrolle) von 3,85 Prozent im Jahre 1929 auf 2,6 Prozent im Jahre 1932; sehr bedenklich ist die Höhe der Verwaltungskosten, die 1931 bei den Ortskrankenkassen 12 Prozent der Beiträge bedangen gegenüber einem Gesamtdurchschnitt sämtlicher Krankenkassen von 9,9 Prozent (1929 erst 6,3 Prozent). In der Unfallversicherung verminderten sich die Ausgaben von 429,1 Mill. Mark im Jahre 1930 auf rund 340 Mill. Mark im Jahre 1932. Bei ihr macht sich immer lastender bemerkbar, daß mit der Einengung der Wirtschaft der Anteil der Beiträge je Kopf des Beschäftigten immer größer wird. Ziemlich hoffnungslos ist die Lage der Invalidenversicherung. Bei ihr waren die Beitragsentnahmen schon 1931 um rund 27 Prozent und 1932 um rund 39 Prozent niedriger als vorjährige Schätzungen des Reichsarbeitsministeriums; ohne die Notverordnung vom Juli 1932 hätte der Fehlbetrag für 1932 auf rund 450 Mill. Mark und 1933 auf rund 500 Mill. Mark sich belaufen; dabei ist der größte Teil des Vermögens illiquid angelegt (1932 1260 Mill. Mark gegenüber 1582 Mill. Mark im Jahre 1929). Es betrugen:

	1929	1930	1932
Einnahmen	1285,4	1125,7	715
Ausgaben	931,0	1071,1	904

Gerade bei der Invalidenversicherung sind Sanierungsmaßnahmen besonders dringlich, weil die Ausgaben einen Betrag von 800 bis 850 Mill. Mark keinesfalls übersteigen dürfen.

Ahnlich schlecht ist die Lage der Knapp-schaftlichen Pensionsversicherung; bei ihr betrugen:

	1929	1931	1932
Einnahmen	262,0	169,4	91,6
Ausgaben	231,9	189,4	98,1

Berliner Börse

Ruhig, leicht drückend

Berlin, 27. Januar. Die schon gestern auf der Börse lastende Unsicherheit hielt weiter an. Die Umsätze waren zu Beginn des heutigen Verkehrs ganz gering. Die vorliegenden Nachrichten waren sowohl günstiger wie ungünstiger Natur und beeinflußten auch kaum die davon betroffenen Märkte. Die Dividendenerhöhung der Berliner Handelsgesellschaft kam der Börse nicht unerwartet, immerhin fand der Abschluß eine recht gute Beurteilung. Die leichte Zunahme der Ruhrkohlenförderung sowie das Dementi der Aku zu den gestrigsten Kapitalzusammenlegungen geriet blieben ganz ohne Einfluß auf die Tendenz. Dagegen verstimmte am Montanmarkt die in den gestrigen Hauptversammlungen der Röhrtahlgemeinschaft zum Ausdruck gekommene Meinung, daß trotz einer leichten Geschäftsbeteiligung von einer nennenswerten Besserung doch noch nicht gesprochen werden könnte. Das schwächere New York und der Rückgang der Walzwerksproduktion hemmten gleichfalls den Geschäftsverkehr. Die Kurse zeigten keine einheitliche Haltung, doch überwogen bei weitem die Rückgänge, die sich im Rahmen von $\frac{1}{2}$ bis 1 Prozent hielten. Am Montanmarkt lag weiteres Angebot in Gelsenkirchen vor. Der Anleihemarkt war gleichfalls sehr ruhig, in Altbesitz kam Prämienware heraus, so daß der Kurs um über $\frac{1}{2}$ Prozent zurückging. Industriebörsen zeigten keine einheitliche Haltung, Pfandbriefe waren knapp behauptet.

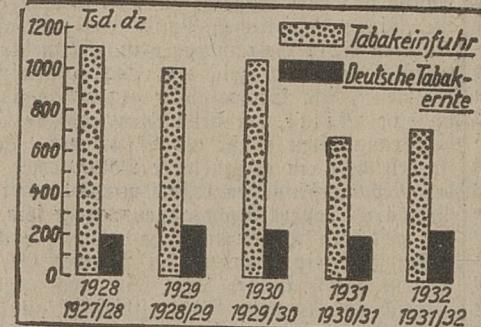
Im Verlaufe war das Geschäft weiter sehr ruhig, und es ergaben sich nur kleinste Veränderungen nach beiden Seiten. Die Versteifung am Berliner Geldmarkt machte vor dem Ultimatum weitere Fortschritte, und Tagegeld war an der unteren Grenze nur mit 4% Proz., ganz vereinzelt nur noch mit 4% Prozen, erhältlich. Monatsgeld blieb unverändert 5 bis 7 Prozent. Am Privatdiskontmarkt kam weiter

Während die Reichszuschüsse im Jahre 1929 nur rund 18 Prozent der Gesamteinnahmen ausmachten, betrugen sie in der ersten Hälfte 1932 mit 46,1 Mill. Mark schon über die Hälfte.

Gerade die wichtigsten Zweige der Sozialversicherung werden um eine Sanierung nach grundsätzlichen Gesichtspunkten nicht herumkommen; je eher und je durchgreifender sie wird, desto eher wird der Bestand der Sozialversicherung gesichert.

Steigerung des Tabakanbaus

Die Tabakanbaufläche ist im Erntejahr 1932/33 erneut gestiegen. Auch die Erntemenge, für die das letzte Ergebnis für das Erntejahr 1931/32 vorliegt, weist eine Zunahme gegenüber dem vorausgegangenen Erntejahr auf. Der Wert dieser Tabakernte hat nach amtlicher Schätzung 22,3 Mill. RM. betragen. Der Grund für die Zunahme des gewerblichen Tabakbaus dürfte darin zu suchen sein, daß der im Vorjahr erzielte verhältnismäßige hohe Preis das Interesse



für den Anbau wieder gehoben hat. Zahlreiche Pflanzer haben auch angenommen, daß die am 1. Januar 1931 erfolgte beträchtliche Erhöhung der Zollsätze für Tabakblätter, Tabakrippen, Tabakstengel usw. eine stärkere Nachfrage nach inländischen Erzeugnissen auslösen würde. Nach vorläufiger Ermittlung betrug der Umfang der Tabakpflanzung 10 846 ha gegenüber einer Erntefläche von 10 382 ha im Erntejahr 1931/32. Die Tabakanbaufläche hat sich somit um über 4 Prozent erhöht. Die Zahl der gewerblichen Tabakpflanzer weist eine Zunahme von 51 953 auf 55 886 auf.

In dem Schaubild ist Tabakeinfuhr und Ertrag der heimischen Tabakernte für die letzten fünf Kalender- bzw. Erntejahre einander gegenübergestellt. Im Jahre 1928 machte der Ertrag der heimischen Tabakernte nur 18,1 Prozent, im Jahre 1922 dagegen 30,2 Prozent der Tabakeinfuhr aus. Der Konsum der deutschen Tabakverbraucher wird also in erhöhtem Maße aus Tabaken heimischer Provenienz befriedigt. Diese Entwicklung ist allerdings mehr darauf zurückzuführen, daß die Tabakeinfuhr gesunken ist und der Rückgang des Tabakverbrauches nur die importierten Tabake betroffen hat.

Oberschlesischer Schlachtviehmarkt

Wie auf den übrigen Schlachtviehmärkten, gilt auch auf dem Oberschlesischen Schlachtviehmarkt der zweite Markt in der Woche als Nachmarkt. Für diesen Markt finden daher Notierungen nicht statt.

Auftrieb: 67 Rinder, davon Ochsen 10, Büffeln 8, Kühe 40, Färsen 8, Junggrinder 6, Kälber 52, Schafe 10, Schweine 202.

Überstand: 14 Rinder.

Material heraus, das aber Unterkunft fand. In Reichswesel am 25. April sowie Reichsschatzanweisungen per 17. Juli hat das Geschäft merklich nachgelassen. Der Kassamarkt zeigte weiter keine einheitliche Haltung, die Veränderungen nach beiden Seiten betragen 1 bis 2 Prozent, es überwogen aber doch die Rückgänge. Am Markt der Bankaktien konnten BHG. 1½ Prozent annehmen, bei den Hypothekenbanken überwogen Verluste bis zu 1½ Prozent. An den variablen Märkten wurde die Tendenz, soweit man angesichts der Geschäftlosigkeit von einer solchen überhaupt sprechen konnte, allgemein etwas freundlicher. Kleine, im Verlaufe eingetretene Verluste wurden fast durchweg wieder aufgeholt, und darüber hinaus ergaben sich vielfach Besserungen bis zu 1 Prozent gegen den Anfang. Allerdings wurde ein großer Teil der Schlusskurse mangels Umsätzen gestrichen.

Breslauer Börse

Abwartend

Breslau, 27. Januar. Die Tendenz der heutigen Börse war abwartend. Boden-Goldpfandbriefe kaum verändert. 8% Landschaftliche Goldpfandbriefe etwas schwächer. Roggen-Pfandbriefe behauptet. Liquidations-Landschaftliche Pfandbriefe abbröckeln. Am Aktienmarkt waren kleine Umsätze in Schles. B-Gas und Laurahütte zu verzeichnen. Gebrüder Junghans haben etwas nach.

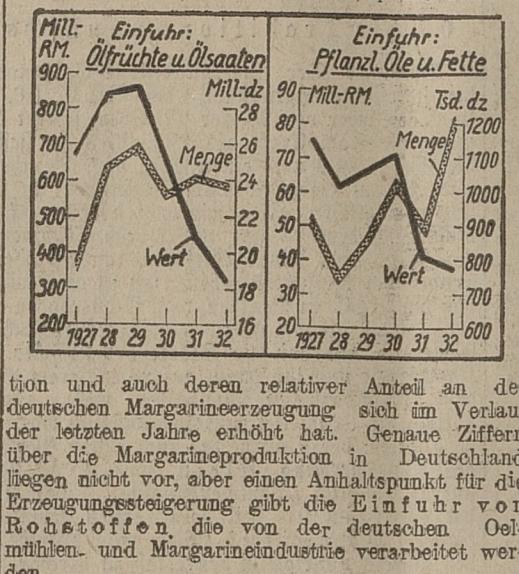
Frankfurter Spätbörsen

Geschäftslos

Frankfurt a. M., 27. Januar. Aktu 87, ABG. 31, Farben 105, Lohmeyer 119,5, Rügerswerk 42, Schuckert 88, Siemens und Halske 126, Reichsbahn 92%. Hapag 18,25, Lloyd 18%, Ablösungsanleihe Neubesitz 8%, Altbesitz 68%, Reichsbank 157,25, Buderus 47, Klöckner 45, Stahlverein 58,5.

Erhöhte Einfuhr von Margarinerohstoffen

Mit dem Konjunkturrückgang und dem damit verbundenen Absinken der Einkommen und der Verschlechterung der Lebenshaltung ist der Margarinekonsum — zum großen Teil auf Kosten des Butterverbrauchs — gewachsen. Dementsprechend hat die Produktion der Margarineindustrie eine Steigerung erfahren. Die Erzeugungssteigerung ist allerdings weniger, wie vielfach fälschlicherweise angenommen wird, den großen Margarinekonzernen zugute gekommen als vielmehr den sogenannten „konzernfreien“ Fabriken, deren Zahl und Produk-



tion und auch deren relativer Anteil an der deutschen Margarineproduktion sich im Verlauf der letzten Jahre erhöht hat. Genaue Ziffern über die Margarineproduktion in Deutschland liegen nicht vor, aber einen Anhaltspunkt für die Erzeugungssteigerung gibt die Einfuhr von Rohstoffen, die von der deutschen Oel-mühlen- und Margarineindustrie verarbeitet werden.

Die Einfuhr von Oelfrüchten und Oelsäaten hat sich inmitten einer allgemeinen Einfuhrsherrschung im Verlauf der letzten drei Jahre ungefähr auf derselben Höhe behauptet. Diese Feststellung gilt natürlich nur für die Einfuhrmengen, nicht dagegen für die Einfuhrwerte, die infolge der starken Preissenkungen gefallen sind. Besonders auffällig ist die starke Erhöhung der Einfuhrmengen pflanzlicher Oele und Fette seit dem Jahre 1928. Das letztervergangene Jahr 1932 hat

Die weitere Gestaltung des Rußlandgeschäfts

Über die künftige Gestaltung des deutschen Liefergeschäfts nach Rußland besteht bei den in Frage kommenden Stellen noch keine völlige Klarheit. Man gewinnt den Eindruck, daß die russischen Bestellorgane an sich weitere größere Aufträge in Deutschland in nächster Zeit unterbringen möchten, daß es ihnen aber unbehaglich ist, gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt die Bestellungen endgültig zu erteilen. Es liegt dies insbesondere daran, daß die Verhandlungen mit den deutschen Regierungsstellen über grund-sätzliche Fragen des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs, u. a. auch über die künftige Gestaltung des Sowjetexports nach Deutschland, noch nicht zum Abschluß gekommen sind, und daß auch russischerseits der Wunsch besteht, vor einer weiteren Ausgestaltung des Geschäfts diese wichtigen Fragen zu bereinigen. Daß die noch schwelbenden und bisher ungarantierten Liefergeschäfte mit der Reichsausfallbürgschaft demnächst versehen werden, ist nach Lage der Dinge zu erwarten. Es fragt sich nur, ob die Entscheidung schon in den nächsten Tagen fallen wird.

sogar eine Rekordhöhe dieser Einfuhr gebracht. Auch die Einfuhr von Waltran, der von der Statistik an sich zur Gruppe der Fette und Oele für gewerbliche Zwecke gerechnet wird, dessen Spitzenmarken aber in der Margarineindustrie Verwendung finden, ist im abgelaufenen Jahr 1932 erneut stark gestiegen, und zwar von 1,46 auf 2,34 Mill. dz. Die Einfuhr von Waltran repräsentiert im Jahre 1932 einen Wert von 59 Mill. RM.

Berlin, 27. Januar. Kupfer 37,75 B., 37 G., Blei 15 B., 14 G., Zink 19 B., 18 G.

Berliner Produktenbörse

	(1000 kg)	27. Januar 1933
Weizen 76 kg	182-184	Weizenmehl 100 kg 22½-25%
(Mark.)	—	Tendenz: rubig
März	198-197½	Roggemehl 19,50-21,50
Mai	198½	Weizenkleie 8,25-8,75
Tendenz: stetig	—	Roggemehl 8,70-9,00
Roggen (11/71/16)	149-151	Tendenz: stetig
(Mark.)	—	Roggemehl 8,70-9,00
März	160%	Viktoriaerbse 20,00-23,00
Mai	161½	Kl. Speiserbse 19,50-21,00
Tendenz: rubig	—	Futtererbse 12,00-14,00
Gerste Brauergeste 165-175	—	Wicken 14,00-16,00
Futter-u. Industrie 158-164	—	Leinuchen 10,50
Tendenz: rubig	—	Trockenschnitzel 8,80
Hafer Märk.	110-118	Kartoffeln, weiße —
Dez.	—	rotte —
März	—	gelbe —
Mai	—	blaue —
Tendenz: stetig	—	Fabrikat. % Stärke —